Erwin Riedenauer

Die „fränkische Republik“ 1796 Daten und Fragen

Ein Plan, „der nichts weniger bezielte, als aus dem Fränkischen Reichskreis eine förmliche, unter französischem Schutz stehende, ständische Republik zu bilden“, sei in Paris ans Tageslicht gekommen – so berichtet am 12. Oktober 1796 der nach Ansbach zurückgekehrte preußische Sondergesandte Joseph du Terail-Bayard über die Tätigkeit einer im August dort eingetroffenen Kreisdeputation. „Nach diesem Plänchen ... hätte der fortwährende Kreiskonvent die eigentliche Souveränität erhalten und sich in eine konstituierende Versammlung formiert, um sowohl eine schöne systematische Konstitution als auch die Bestimmung zu entwerfen, nach welcher die bisherigen Landesherren und Stände ihr Dominium utile zu genießen und zu Formierung des repräsentativen souveränen Staats zu konkurrieren hätten. ... Wider Erwarten der deutschen und affilierten *Républicaniseurs* soll dieser Vorschlag jedoch keinen Eingang gefunden haben.“¹

Die Angehörigen dieser Deputation des Fränkischen Kreistags – Friedrich Adolph v. Zwanziger und Philipp Franz Joseph Ritter v. Rhode gen. Rhodius² – hätten sich dadurch die Mentalität einer Gruppe zu eigen gemacht, welche „unter der Decke von Kosmopolitismus, Philanthropie und Maurerei ihre metaphysischen Ideen von Volkssouveränität, republikanischer alleinseligmachender Verfassung, ewigem Frieden usw. in allen benachbarten Staaten in Umlauf zu bringen“ suchten und aus Leuten bestünden, „die Genie und äußerliche populäre Probität mit rastloser Intrigue verbinden“³.

Dazu paßt die Aussage eines Mannes namens Stephani, der bereits am 31. Juli dem Direktorium berichtet hatte, Zwanziger, Rhodius und ein gewisser Helmreich seien aufrechte Gesinnungsgenossen, die selbst in den kritischsten Augenblicken zu Frankreich hielten; sie hätten sich bereit erklärt, den französischen Armeen militärische

¹ *Paul Baillet*, Preußen und Frankreich von 1795 bis 1807. Diplomatische Korrespondenzen I (1795–1800) (Leipzig 1881) 100.

² *Hermann Zwanziger*, Friedrich Adolph von Zwanziger, gräflich Castell'scher Geheimrat und Kreisgesandter 1745–1800 (Neujahrsblätter, hrsg. von der Gesellschaft für Fränkische Geschichte 11, München–Leipzig 1916); *Erwin Riedenauer*, Gesandter des Kaisers am Fränkischen Kreis. Aus der Korrespondenz des Grafen Schlick zwischen Fürstenbund und Reichskrieg, in: *Zeitschrift für bayerische Landesgeschichte* 28 (1965) 259–367, hier 324 ff.

³ Zit. bei *Zwanziger*, a.a.O. 29.

Nachrichten zu übermitteln und ihren ganzen Einfluß im Dienste der französischen Republik zu nutzen⁴.

Karl August Freiherr v. Hardenberg, seit 1791 dirigierender Minister in den fränkischen Provinzen Preußens, berichtete 1797 nach Berlin, das „System“ einiger fränkischer Kreisgesandter bestehe darin, „eine Art von fränkischem National-Konvent zu bilden, solchem die allgemeinen Souveränitäts-Rechte über den ganzen Kreis zuzueignen ... die deutsche Verfassung auf metaphysische Sätze der Menschen- und Staatsrechte mittelst der unité et indivisibilité à la française neu zu erbauen ... Die Seele dieses Systems und Diktator der ganzen Kreisversammlung ist ein gewisser Geheimer Rat von Zwanziger ...“ Rhodius sei ganz von ihm abhängig, wie auch die eigenmächtige gemeinsame Reise nach Paris im Sommer 1796 zeige⁵.

Im April 1798 wußte Hardenberg in einem zusammenfassenden Memorandum an den preußischen König zu berichten, Zwanziger habe mehrfach laut erklärt, es gebe in Franken nur eine Alternative: entweder würde Nürnberg eine preußische Stadt, oder die brandenburgischen Fürstentümer in Franken „würden einen Teil der nürnbergischen oder fränkischen Republik bilden“. Eine solche Republik sei das klare Ziel von Klubs und Gesellschaften in Nürnberg; Zwanziger selbst sei „im Grunde seines Herzens dem revolutionären System ergeben und antipreußisch“⁶.

Da Hardenberg fortfährt, Zwanziger schließe sich wie mehrere seiner Anhänger „für den Moment“ dem System des österreichischen Hauses an, sei noch der kaiserliche Gesandte Joseph Heinrich Graf von Schlick zitiert: „Politische Kannegießerei und hiedurch das übertriebene Bestreben, bedeutend zu werden, ist meistens das Los der fränkischen Kreisgesandten, welche durch den Zwanziger irreführt und zu manchen, ihrer eingeschränkten Anstellung und der Reichsverfassung heterogenen, Maßregeln verleitet werden.“ Es sei „mehr als wahrscheinlich, daß Zwanziger und Rhodius den Fränkischen Kreis französisch zu revolutionieren im Sinne hatten“⁷. Auch durch einige weitere Äußerungen bekräftigt Graf Schlick diesen Eindruck, wobei er wie Hardenberg Zwanziger politischen Opportunismus und Eigensucht zum Vorwurf macht. Die Anschuldigung, unmittelbar auf eine fränkische Republik hingearbeitet zu haben, drückt er nicht so deutlich wie Hardenberg aus, wirft ihm aber umgekehrt preußenfreundliche Neigungen vor: „Im Anfang ... war er als preußischer Parteigänger, sodann als demokratischer Bewunderer der französischen Grundsätze berühmt geworden. Bei seinem Benehmen war aber der Protestantismus, Abneigung gegen die geistlichen Stände und das durchlauchtigste Erzhaus als Grundlage seiner Handlungen keineswegs zu mißkennen; daher dann seine im Jahr 95 zum Separatfrieden für Fran-

⁴ Bei *Heinrich Scheel*, Süddeutsche Jakobiner. Klassenkämpfe und republikanische Bestrebungen im deutschen Süden Ende des 18. Jahrhunderts (Berlin 1962) 163 f., nach *Raymond Guyot*, Le Directoire et la Paix de l'Europe des traités de Bâle à la deuxième coalition (1795–1799) (Paris 1911) 309. Dieser Stephani – falls es ihn gegeben hat – ist bestimmt nicht identisch mit dem Castell'schen Konsistorialrat Heinrich Stephani (s. u. mit Anm. 39).

⁵ Generalbericht vom 10. 6. 1797, § 33, bei *Christian Meyer*, Hardenberg und seine Verwaltung der Fürstentümer Ansbach und Bayreuth (Hohenzollerische Forschungen 1, 1892) 1–159, hier 45.

⁶ Zit. bei *Scheel*, a.a.O. 465 f. nach Berichten vom 9. April bzw. 10. März 1798.

⁷ Bericht an die Staatskanzlei vom 23. 10. 1796 (HHStAW StK Ber. a. d. Reich 268).

ken zielenden Negotiationen, auch in diesem Jahr [1796] nach Paris gemachte Reise und überhaupt sein Benehmen in allen Kreisangelegenheiten als ein Beweis seiner Grundsätze sich betrachten lassen. Er gehört zu der Klasse jener Leute, welche mit spekulativer und wortreicher Beredsamkeit Einfluß und Übergewicht sich zu verschaffen immer beflissen sind und nach Erlangung desselben die verborgenen Absichten zu erreichen suchen.“ Niemals habe er, fügt Graf Schlick nachdrücklich hinzu, ihn – Zwanziger – „einer wahren Devotion für das durchlauchtigste Erzhaus fähig gehalten“⁸.

Hat ihm auch Hardenberg dies nicht als Grundsatz zugetraut, so hat doch der von Preußen nach Paris entsandte Sandoz-Rollin noch im September 1796 den bestimmten Eindruck formuliert: „Le M. de Zwanziger est un démagogue enragé et un Autrichien identifié.“⁹

Als einen Demagogen stellt auch der Hohenlohe-Waldenburg'sche Kreisgesandte Johann Bernhard Bertrand v. Francken seinen Kollegen Zwanziger dar, und zwar in der besonders farbenprächtigen Schilderung eines Privatbriefes aus Schillingsfürst vom 26. Dezember 1796: „Ich gestehe Ihnen ..., daß, wenn ich selbst bei der Pastete gewesen wäre, ich auch so gut, wie Klügere als ich, durch die Arglist der großmauligsten Matadors vielleicht hätte mit hineingezogen werden können ... Anstatt der ewigen Konferenzen, Sessionen und Besprechungen, die wie Vomition aufeinander folgten, hätte wohl der erste, der einfachste, der natürlichste Gedanke entstehen können, ja sollen: Wir wollen unsere Herren fragen. Allein just dieses taugte nicht in den Kram der Matadors. Diese hatten sich in den Kopf gesetzt, eine Rolle zu spielen ... Ich wollte wohl raten, was er [Zwanziger] beiläufig gedacht haben wird: 1. Unsere Herren und ihre Räte sind – nichts für ungut – Ochsen. Unsere Weisheit muß das besser wissen. 2. glaubte man sicher, der seit vielen Jahren geweisagte Zeitpunkt, wo wir nicht mehr Repräsentanten der Stände, sondern des Volks sein werden, sei schon vorhanden ...“¹⁰

Mit solchen wünschenswert deutlichen und doch in einigen Punkten auch auffallend widersprüchlichen Feststellungen – auf die ich bewußt im einzelnen noch nicht eingegangen bin – war ich konfrontiert, als ich vor einer Reihe von Jahren Persönlichkeit und Politik des Friedrich Adolph v. Zwanziger zu erfassen suchte¹¹. Einmütig

⁸ Nach einem weiteren Bericht vom 9. 11. 1796 (ebenda), ausführlicher wiedergegeben bei *Riedenaue*r, (wie Anm. 11) 561 f.

⁹ *Scheel*, (wie Anm. 4) 240; *Zwanziger*, (wie Anm. 3).

¹⁰ BayHStA K.schw. 13259; ausführlicher und ergänzt durch Auszüge aus einem noch spöttischer formulierten Schreiben vom 15. 8. 1796 bei *Riedenaue*r, (wie Anm. 11) 563 f.

¹¹ *Erwin Riedenaue*r, Reichsverfassung und Revolution. Zur Persönlichkeit und Politik des fränkischen Kreisgesandten Friedrich Adolph von Zwanziger, in: *Zeitschrift für bayerische Landesgeschichte* 31 (1968) 124–196 und 501–574. Dort wurde versucht, die politischen Hintergründe und Motive der preußischen (Hardenberg, Bayard, Sandoz-Rollin) und österreichischen Seite (Schlick) sowie die Interessenlage einiger Kollegen Zwanzigers in der Kreisversammlung zu analysieren und auch die Glaubwürdigkeit der – oben zitierten – extremsten Äußerung, nämlich Stephanis, zu prüfen. Die beiden im folgenden näher betrachteten Quellenstellen standen damals noch nicht zur Verfügung. Diese ausführliche Studie sowie die in Anm. 2 genannte Arbeit werden unvermeidlich im folgenden häufig zu zitieren sein; sie seien der Kürze zuliebe künftig nur mit „Schl.“ bzw. „Zw.“ näher bezeichnet.

werden ihm Geschick, Initiative, Geltungssucht und eben jener republikanisch-revolutionäre bzw. konspirative Geist zugeschrieben, welche ihn als Urheber eines Plans zur Umwandlung des Fränkischen Reichskreises in eine Republik nach französischem Zuschnitt glaubwürdig erscheinen lassen. Und dafür scheint es tatsächlich ein unmittelbares Quellenzeugnis zu geben. Seine Kenntnis verdanke ich der Liebenswürdigkeit von Prof. Jean-René Suratteau¹². Es besteht einerseits aus einem Schreiben Zwanzigers an Reubell vom 24.8.1796, andererseits aus einer unsignierten und undatierten Vormerkung für Reubell. Letztere trägt eine offenbar eigenhändige Anweisung Reubells, welche die Veranlassung zu diesem Bericht – also im Anschluß an den Brief Zwanzigers – gegeben haben dürfte. Der Text dieses bisher einzigen nicht durch persönliche oder politische Interessen von Berichterstattern gefärbten Zeugnisses ist im Wortlaut wichtig:

[1] A Paris, le 7 fructidor de l'an 4ème, maison de France, rue St-Thomas du Louvre no. 268. Au citoyen Directeur Reubell. pour lui seul.

Citoyen Directeur!

Suivant les espérances¹³ de l'agent secret pour le nord de l'Europe connu au gouvernement sous le nom de Gleichen¹⁴ j'ose me flatter, citoyen directeur, de jouir de l'avantage de ne pas vous être entièrement inconnu ni pour mes qualités¹⁵ publiques et privées ni pour les principes, dont je fais profession sous tous les rapports imaginables. C'est cet avantage qui a fait un des plus puissants motifs pour me déterminer à accepter la mission dont je me trouve chargé de l'assemblée générale des représentants des états du Cercle de franconie vers le gouvernement français conjointement avec encore un de mes collègues. Etant arrivé ici hier au soir, je me puis avoir rien de plus pressé que d'aller vous présenter mes respects et de pouvoir vous entretenir avant tout dans ma qualité privée de l'objet de notre mission capable sans doute d'intéresser votre attention. Je vous supplie donc, citoyen Directeur, de m'accorder une audience particulière et de m'en fixer l'heure seulement de bouche par le porteur de la présente suivant vos loisirs.

J'ai l'honneur d'être, avec respect, citoyen Directeur, votre très humble et très obéissant serviteur

Zwanziger

membre de l'assemblée générale des Etats du cercle de franconie, muni de pleins pouvoirs.

[2] Suivre cette affaire, m'envoyer les pièces, joindre, Rb.

Rapport pour le Directoire / Cit. dir. Reubell, pour le cit. dir., pour lui seul

Citoyen directeur,

Le cit. Zwanziger envoyé de l'assemblée gén. du cercle de franconie désire être reçu par le Dir. ex. et vous avés exprimé le désir de suivre cette affaire.

L'envoi qui traite une question particulière avec le min. de la guerre semble vouloir profiter pour proposer un plan de république de la franconie dont il soumet les principes.

Est il à propos d'entrer dans ses vues ou¹⁶ ne serait il pas plus conforme aux vues du Dir. ex. et

¹² Aus Bibliothèque Nationale, Paris, Département des Manuscrits, Nouvelles acquisitions françaises no. 23641, fol. 275 f. Im folgenden erfolgt buchstabengenaue Wiedergabe ohne Rücksicht auf sprachliche Fehler. Ergänzungen [in Klammern] durch Suratteau.

¹³ Die Diskussion stellte fest, daß dieser Ausdruck im Sprachgebrauch der Zeit mehr als „Hoffnung“ meint, nämlich eine begründete Erwartung.

¹⁴ Lesung von Suratteau als unsicher bezeichnet, aber offensichtlich richtig, wie die von Haasis (s. Anm. 55) publizierten Texte von J. B. Erhard zeigen (dort bes. 250 Anm. 9).

¹⁵ Hier als Amtsstellungen, Funktionen zu verstehen.

¹⁶ Anschließend getilgt: „est-il“.

aux vôtres particulièrement de confronter ces projet avec ceux que ne manqueront pas de présenter les députés des autres cercles du Haut Rhin dont ceux de la souabe sont déjà aussi à paris¹⁷.

Il y aurait alors à faire [un] rapport général sur cet objet. Le cit. Directeur désire t il être chargé particulièrement de cet objet ou celui ci a t il intérêt à être traité préalablement par le min. des. rel. ext.

Die erste Frage, die sich an alle diese Quellenstellen anschließt, ist wohl die, ob es erlaubt oder vielmehr schlechterdings notwendig ist, den Plan zur Errichtung einer Fränkischen Republik und Zwanziger als dessen Urheber und Förderer als historische Fakten zu akzeptieren. Ich habe zunächst Zweifel angemeldet und versucht, die politischen Hintergründe und Motive der preußischen (Hardenberg, Bayard, Sandoz-Rollin) und österreichischen Seite (Schlick) sowie die Interessenlage einiger Kollegen in der Kreisversammlung (besonders Francken) zu analysieren, auch die Glaubwürdigkeit der extremsten Äußerung, nämlich Stephanis, zu prüfen. Es ergibt sich nun die (zweite) Frage: Was könnte zu den zitierten Anklagen gegen Zwanziger geführt haben, falls sie sich als nicht hinreichend belegbar herausstellen sollten? Im andern Fall, nämlich ausgehend von dem Ergebnis, daß ein solcher Plan bestanden haben und dem Direktorium in aller Form vorgetragen worden sein muß, stellt sich die dritte Frage: Was kann einen Mann wie Zwanziger bewogen haben, einen solchen Plan zu fassen, diesen mit einem Aufwand von 16 000 fl aus eigenem Vermögen¹⁸ zu verfolgen und einen Rhodius als Teilhaber, mehrere andere Kreisgesandte als Sympathisanten zu gewinnen?

Seit etwa 1785 fällt diplomatischen Beobachtern eine Tendenz zu unabhängigem Denken und selbständigem Handeln in der fränkischen Kreisversammlung zu Nürnberg auf¹⁹. Man kann dies wohl auf folgende Faktoren zurückführen:

1. die Struktur der Fränkischen Kreisversammlung mit 27 gleichberechtigten Stimmen, davon jeweils mehreren in einer Hand;
2. die Struktur dieses Reichskreises an sich, unter dessen Ständen sich Würzburg durch wirtschaftliche Leistungskraft, Bamberg durch eine gewisse politische Vorrangstellung, die brandenburgischen Markgräfstümer durch rigorose Territorialpolitik auszeichneten und Städte und viele kleine Herrschaften sich nur durch Anlehnung an das Reich und – in zunehmendem Maße – durch ein Zusammenrücken im Verband des Reichskreises politisch am Leben halten konnten²⁰;
3. den Umstand, daß einer der Kreisgesandten – eben Zwanziger – sich durch ungewöhnliche Tüchtigkeit und Initiative auszeichnete, dadurch das Vertrauen seiner Prinzipalen und mehrerer Kollegen erwarb, die sich ihrerseits aufgeklärte Prinzipien zu

¹⁷ Von Suratteau hier wie auch beim folgenden Satz als unsichere Lesung bezeichnet.

¹⁸ Vgl. *Riedenauer*, Zw., 544 f.

¹⁹ Ausführlicher bei *Riedenauer*, Schl., 274 ff. nach Berichten des Grafen Ferdinand Trauttmansdorff und des Legationssekretärs Ignaz v. Büttner.

²⁰ Näher bei *Hanns Hubert Hofmann*, Unterfranken und Aschaffenburg mit den Hennebergischen und Hohenlohschen Landen am Ende des Alten Reiches (1792) (Historischer Atlas von Bayern, Teil Franken, Reihe II, Heft 1a, München 1956); *ders.*, Franken seit dem Ende des Alten Reiches (ebenda Heft 2, München 1955), Faksimile-Beilage; *Bernhard Sicken*, Der Fränkische Reichskreis. Seine Ämter und Einrichtungen im 18. Jahrhundert (Veröff. d. Ges. f. Fränkische Geschichte, Fotodruckreihe Band 1, Würzburg 1970); *Riedenauer*, Schl., 319 ff.

eigen gemacht hatten. Seinem Einfluß wird es auch zugeschrieben, daß die Kreisversammlung seit November 1791 in Permanenz tagte;

4. den Vormarsch der französischen Armeen (1792 über den Rhein und 1796 bis in die Oberpfalz), die zwar die Parolen der Freiheit auf den Fahnen trugen, zugleich jedoch mit härtesten Kontributionen Land und Leute heimsuchten;

5. die innere Bedrohung durch die Reich und Recht verhöhnenden „Revindikationen“, welche Hardenberg seit 1792 gegenüber den fränkischen Mitständen, besonders auch Nürnberg und der Reichsritterschaft, durchführen ließ.

Als Graf Schlick Ende 1791 die Höfe des Fränkischen Kreises und die Kreisversammlung in Nürnberg bereiste, charakterisierte er Zwanziger als einen Mann von „außerordentlicher Tätigkeit nebst ausgezeichneten Kenntnissen sowohl im Reichsjustizwesen als auch in der allgemeinen, auch jedem Kreise und Stand eigenen deutschen Verfassung“. Er erfreue sich seit einiger Zeit „bis auf den gegenwärtigen Zeitpunkt im Besitz eines allgemeinen Zutrauens, im Ruf einer vollkommenen Rechtfchaffenheit und biedermännischen Denkart“. Der Vorwurf, „als wäre er Dictator im Kreise, als könnte man ihn auf ein oder die andere Seite leiten“, scheint ihm „die Folge des Neides verschiedener seinen Platz suchenden Leute, keineswegs aber der Wahrheit gemäß zu sein“²¹.

Daß Zwanziger vor allem durch seine Geschicklichkeit in Finanzfragen dem Kreis unentbehrlich geworden war, geht aus vielen Quellen hervor²². Was nicht im Bericht des Grafen Schlick steht, ist die Tatsache, daß er ihm auch persönlich auf diesem Gebiet entscheidende Hilfe geboten hatte²³. Im Hinblick darauf erscheinen die 1791 abgegebenen, nachdrücklich positiven Urteile Schlicks über Zwanziger doch wohl glaubwürdiger als seine Behauptung von 1796, er habe dessen Unzuverlässigkeit schon immer durchschaut.

Auch der schwarzenbergische Kanzleidirektor Rhodius, der die Stimmen der Häu-

²¹ Bericht 25. I. 1792 in HHStAW StK Berichte aus dem Reich 248, mitgeteilt bei *Riedenauer*, Schl., 324. Weitere Hinweise zur Person Zwanzigers ebenda 333 und Zw., 127 ff.

²² Näher *Riedenauer*, Zw., 133 f.

²³ Die von Zwanziger 1774 begründete und zum Teil mit eigenen Geldmitteln ausgestattete „Gräfl. Castell-Remlingen'sche Landes-Credit-Casse“ hatte durch seine persönliche Verwendung in den Jahren 1793 und 1797 (!) dem Grafen Schlick insgesamt 650 000 fl. zum Erwerb seiner böhmischen Güter vorgestreckt, von denen 1811 noch 473 000 fl. ausstanden. Besonders im Januar 1792 und Ende 1795 war Schlick in der größten Verlegenheit gewesen; nur die Gelder aus Castell bewahrten ihn davor, diese Besitzungen mit großer Einbuße wieder zu verlieren. Bezüglich der politischen Implikationen dieses persönlichen Verhältnisses zwischen dem kaiserlichen bevollmächtigten Minister und dem gräflichen Kreisgesandten sei folgende Vermutung zur Diskussion gestellt: Schlick, der als besonders leutselig und liebenswürdig geschildert wird, hat die Schwächen der Reichsverfassung und die Ungerechtigkeiten seiner sozialen Schichtung gut genug erkannt, um den von Frankreich her tönenden Parolen eine gewisse innere Berechtigung nicht abzuspochen. Er hatte aber (1791) gleichzeitig den Auftrag, dem Kurfürsten von Mainz das Rasseln mit dem Reichssäbel zu verleiden und dem preußischen Erbfolger in Ansbach-Bayreuth die Machtübernahme im Fränkischen Kreis nicht zu leicht werden zu lassen. In beiden Punkten fand er in Zwanziger einen Gesinnungs- und Bundesgenossen (*Riedenauer*, Zw., 129 bzw. 142 ff.; ausführlich auch *Süßheim*, s. Anm. 29).

ser Schwarzenberg, Hohenlohe-Waldenburg und Schönborn führte, galt nach dem Bericht Schlicks als geschickter und in Ansehen stehender Mann²⁴.

Zunächst erscheint es jedoch notwendig, einen Blick auf die politische Situation des Jahres 1792 zu werfen, als es darum ging, ob das Reich sich aus der drohenden kriegerischen Auseinandersetzung mit Frankreich heraushalten könne und solle. Daß gerade Franken als einer der sogenannten „vorderen Reichskreise“ besonders bedroht war und daher schon ein Jahrhundert früher sich für eine wirkungsvolle Kreisarmatur eingesetzt hatte, gehört in diesen Zusammenhang²⁵. Schon im Vorjahr waren die Kreisterritorien durch Märsche und Quartiere der kaiserlichen Armee stark belastet²⁶. Bis zur französischen Kriegserklärung an Böhmen-Ungarn am 20. April 1792 befand sich Zwanziger mit dem Prinzip der Nichteinmischung und dem Versuch, das gefährliche Emigrantenwesen in Hohenlohe-Waldenburg²⁷ einzudämmen, in voller Übereinstimmung mit der Politik Kaiser Leopolds. Dann allerdings muß erkennbar geworden sein, daß der Fränkische Kreis – unter der Führung Zwanzigers und einem synchron laufenden passiven Widerstand des Fürstbischofs von Bamberg als Kreisdirektor – eine eigene, auf Neutralität gerichtete Politik verfolgte. Der kaiserliche Konkominister am Reichstag berichtet im Februar 1792, die fränkische Kreisversammlung mache über den Truppenmarsch des kaiserlichen Hofes und über den Aufenthalt der französischen Prinzen „seltsame und eines stillen fremden Zusammenhangs nicht unverdächtige Bemerkungen, wovon der bekannte gräfliche Kreisgesandte Zwanziger der Verfasser ist“. Ähnlich berichtet unterm 29. Mai Konrad Ludwig Graf v. Lehrbach aus München an die Staatskanzlei; den größten Einfluß habe Zwanziger, „ein wahrer Demokrat und aftergelehrter Politiker“. Im Dezember befürchtet der kaiserliche Oberkriegskommissar v. Ettenau Behinderungen beim Durchmarsch der kaiserlichen Truppen „vor allem durch den Einfluß des bekannten ... v. Zwanziger, welcher einen fast öffentlichen Hang zur demokratischen Faktion bezeigen soll“²⁸.

Man scheint sich über die „widrige Gesinnung“ Zwanzigers einig zu sein – einschließlich des Freiherrn v. Hardenberg, der am 24. August 1790 in Ansbach getroffen war, um zunächst (seit 9.6.1791) im Namen des Markgrafen Karl Alexander,

²⁴ Aus Bericht vom 25.1.1792 zit. bei *Riedenauer*, Schl., 324f. Die Grafschaften Castell und Schwarzenberg waren Nachbarterritorien, so daß auf eine mindestens bis 1789 (Anstellung Rhodius) zurückreichende Bekanntschaft der beiden Kanzleidirektoren geschlossen werden darf. Ein Brief von 1789 kennzeichnet Rhodius als einen aufgeklärten, einsichtsvollen, eifrigen und menschenfreundlichen Mann mit toleranten Ansichten (Fränkisches Archiv, hrsg. von *Büttner-Keerl-Fischer*, Heft 2, Ansbach 1791, 78f.).

²⁵ Vgl. *Hanns Hubert Hofmann*, Reichskreis und Kreisassoziation ..., in: *Zeitschrift für bayerische Landesgeschichte* 25 (1962) 377–413; *ders.*, Reichsidee und Staatspolitik. Die vorderen Reichskreise im 18. Jahrhundert, in: *Zeitschrift für bayerische Landesgeschichte* 33 (1970) 969–985.

²⁶ Näher *Riedenauer*, Schl., 337ff.

²⁷ Vgl. *Riedenauer*, Zw., 145 und 153 ff., *Wübr* (s. Anm. 35) sowie *Fritz Ulsböfer*, Die Hohenloischen Hausverträge und Erbteilungen ..., (Neuenstein 1961) und *Wolfram Fischer*, Das Fürstentum Hohenlohe im Zeitalter der Aufklärung (Tübinger Studien zur Geschichte und Politik 10, Tübingen 1958).

²⁸ Nach *Riedenauer*, Zw., 147 (dort ausführlicher).

wenige Wochen später auch förmlich im Auftrag des preußischen Königs die fränkischen Markgraftümer zu regieren. Es gelang ihm, durch liebenswürdiges Auftreten das Mißtrauen, mit dem sein Eintreffen allenthalben in Franken beobachtet worden war, zu dämpfen; keiner der Männer, die damals mit ihm zusammentrafen, hätte sich in ihm leicht einen der profiliertesten Vertreter des politischen Faustrechts vorstellen können²⁹.

Eine Ausnahme scheint nur Zwanziger gewesen zu sein, der konkreter als andere vorhersah, wie die rücksichtslose Revindikationspolitik, die Hardenberg seit März 1792 ungeschweht gegenüber allen benachbarten Territorien des Fränkischen Kreises betrieb, dessen Verfassung zerrütten, seine Politik lähmen und de facto aus ganz Franken eine preußische Provinz machen würde. Auch Hardenberg wußte, wie er daran war; seine bereits zitierte Charakterisierung Zwanzigers als „Diktator der ganzen Kreisversammlung“ und als „ein Mann von Kopf, Vermögen und Intrigue“ kommt nicht von ungefähr. Seine Vorstellungen von der künftigen Rolle der Markgraftümer im Rahmen des Kreises hat er deutlich genug in seinem „Generalbericht“ von 1797 (§ 38) formuliert: Wenn sich Preußen – vor allem gegenüber dem Fürstbischof von Bamberg als kreisausschreibendem Fürsten – nicht würde durchsetzen können, „so würde auf eine Trennung vom Kreisverband oder vielmehr von der Kreisverwirrung zu arbeiten und dabei nur die Direktorial-Befugnis [als „mitausschreibender Fürst“] soviel wie möglich zu erhalten sein“³⁰.

Als es konkret im Frühjahr 1792 darum ging, die Kriegsanstrengungen der seit dem 7. Februar verbündeten Mächte Österreich und Preußen seitens des Kreises zu unterstützen, ergab sich über Zwanziger, der für die Grafschaft Limpurg-Gaildorf Kreisgesandter auch des Herzogs von Württemberg war, ein engeres Einvernehmen mit dem Schwäbischen Reichskreis, der seinerseits den Grundsatz formuliert hatte, daß angesichts der Gefahr eines feindlichen Überfalles Mäßigung gegenüber Frankreich zur Tradition des Kreises gehöre. Auch das „System des Fränkischen Kreises“ werde „auf möglichste Beobachtung der Neutralität gerichtet sein“, ließ Zwanziger wissen, wobei „eine nähere Vereinigung der Stände in den vorliegenden Kreisen“ nicht unnötig, sondern „in Absicht auf ihre Selbsterhaltung“ um so dringender geboten sei. Man sah also die Möglichkeit, die von Österreich und Preußen geforderte Kreisassoziation zwar zu schließen, aber nicht mit der Absicht, sich am Krieg gegen Frankreich zu beteiligen, sondern sich durch gemeinsame Bemühung herauszuhalten³¹!

²⁹ Meyer, (wie Anm. 5); K. Süßheim, Preußens Politik in Ansbach-Bayreuth 1791–1806 (Hist. Studien Ebering 33, Berlin 1902); Fritz Hartung, Hardenberg und die preußische Verwaltung in Ansbach-Bayreuth von 1792–1806 (Tübingen 1906); Fritz Zierke, Die deutsche Politik Hardenbergs in der ersten Periode seines staatsmännischen Wirkens 1770–1807 (Frankfurt 1932); Hanns Hubert Hofmann, Die preußische Ära in Franken, in: Jahrbuch des Hist. Vereins für Mittelfranken 79 (1960/61); Riedenauer, Schl., 301–306.

³⁰ Zit. bei Riedenauer, Zw., 152 f. nach Meyer, (wie Anm. 5), Generalbericht §§ 31–33, 38. Auf diese Auseinandersetzungen um die Führung des Kreisdirektoriums bin ich früher eingegangen (Schl., 335 ff. und 342); der Verdacht Lehrbachs (zit. ebenda 280), auch in dieser Sache stecke Zwanziger hinter dem mißtrauischen Widerstand des Fürstbischofs von Bamberg, dürfte von Hardenberg veranlaßt sein.

³¹ HStA Stuttgart A 8/13: Regierungsbeschluß 10. Mai, Bericht Zwanzigers 15. Mai. Zum Prin-

Am 29. Mai 1792 leitete nun der kaiserliche Gesandte Graf v. Lehrbach ein „geheimes Gutachten“ nach Wien weiter, das er am 22. Mai in paraphrasierender Formulierung von Hardenberg erhalten hatte, der Zwanziger als Verfasser bezeichnete. Die mit ausführlicher Begründung geforderte Neutralität wird darin gerade deshalb für notwendig gehalten, weil sie die kriegführenden Mächte „sehr genieren würde, aus der Fehde gegen Frankreich eine gemeinsame Sache zu machen und die Folgen dieser Fehde dem ganzen deutschen Reich, dessen Kreisen und Ständen zuzuwälzen“ – so in der Formulierung Hardenbergs. Die Zeche eines verlorenen oder auch nur unentschieden endenden Kriegs hätte in jedem Fall das Reich zu bezahlen; aus der Notwendigkeit heraus, die dafür erforderlichen Mittel aufzubringen, würden einige Stände „ihre Untertanen drücken, sie bezähmen und vielleicht nebenher ihren fürstlichen Privatbedürfnissen einige Nahrung verschaffen ... Mißvergnügen, Empörungen würden die Folgen hiervon sein und eben jenes Mittel, wodurch die Ruhe in Deutschland erhalten werden solle, könne sehr leicht zum Umsturz der Verfassung ausarten“³².

Ich habe keinen Zweifel, daß die in diesem Gutachten zum Ausdruck kommenden Grundsätze der eigenen Verfassung, der berechtigten Wahrung der eigenen Interessen der fränkischen bzw. schwäbischen Reichsstände, des Eintretens für die Wohlfahrt der Untertanen und der Sorge vor Empörung und Umsturz der Verfassung die Handschrift Zwanzigers tragen könnten. Quellenkritisch ist die Sache allerdings heikel: So planmäßig nämlich Hardenberg dieses angebliche geheime Gutachten als Machwerk Zwanzigers verbreitete – schon am 31. Mai wurde der Legationssekretär der fränkischen Grafenvertretung am Reichstag durch den österreichischen Komitialgesandten v. Borié informiert, man habe sichere Nachricht, „daß der geheime Rat v. Zwanziger sich begeben lasse, einen Zensor des österreichischen und preußischen Assoziationsantrages abzugeben und ... ein förmliches Komplott zur Neutralitäts-Erklärung mache ...“³³ –, so auffällig ist, daß sich bisher nirgends das Original oder auch nur in Abschrift der authentische Text finden ließ und die Regierung in Stuttgart, für welche dieses Gutachten angeblich entworfen wurde, keine Kenntnis davon hatte, ehe Zwanziger selbst über die gegen ihn erhobenen Vorwürfe berichtete³⁴.

Möglicherweise liegt die Erklärung und zugleich die Chance einer Verifizierung in einer simplen Verwechslung – daß nämlich nicht Württemberg, sondern Hohenlohe-

Fortsetzung Fußnote von Seite 40

zip der Neutralität vgl. auch den Vortrag im Geheimen Rat zu Stuttgart vom 14. 6. 1792 (ebenda A 10/2660).

³² HHStAW StK Berichte aus dem Reich 245. Umfassendere Wiedergabe bei *Riedenauer*, Zw., 159.

³³ Ebenda.

³⁴ Fehlanzeige betr. HStASt A 8/13. Vgl. Referat des württembergischen Reichstagsgesandten v. Seckendorff vom 22. Juni zu dem von Zwanziger am 12. Juni dem Herzog vorgelegten Bericht in dieser Sache (StA Ludwigsburg A 219/1360). – Frdl. Mitt. des Deutschen Zentralarchivs, Hist. Abt. II Merseburg, vom 29. 2. 1968 (Dr. Weiser): Das „Geheime Gutachten“ von Zwanziger konnte weder in Rep. 92 (Nachlaß Hardenberg) noch in der Rep. 44 C (Frk. Ministerium, Auswärtige Sachen) [sowie ebenda?] B b (Generalia und Corps diplomatique am Fränkischen Kreis) ermittelt werden. Auch in der Rep. 96 (Geheimes Zivilkabinett) verliefen die Nachforschungen ergebnislos.

Ingelfingen, der Stimmführer der fränkischen Grafenbank, Auftraggeber und Adressat dieses Gutachtens war. Die verwandten Häuser Hohenlohe-Waldenburg waren ja durch ihre Unterstützung der französischen Emigranten ein Risikofaktor in den Beziehungen zu Frankreich³⁵, und am 7. Juni 1792 ließ der Fürst v. Hohenlohe-Ingelfingen selbst den inkriminierten Text Zwanziger übermitteln mit dem bemerkenswerten Zusatz, er hoffe, daß Borié nicht die Meinung habe, als ob es Zwanziger verwehrt sein solle, seinen fürstlichen und gräflichen Prinzipalschaften sein Gutachten, „zumal wenn es ausdrücklich verlangt wird“, nach seinen besten Einsichten gewissenhaft zu erstatten³⁶.

Daraus scheint sich deutlich genug zu ergeben, daß Zwanziger wirklich ein solches Gutachten ausgearbeitet hat und daß es sich vielleicht im Hohenloheschen Zentralarchiv doch noch findet³⁷. Was bleibt, ist das Problem der Datierung: In seiner Antwort vom 8. Juni schreibt Zwanziger von einem Bericht, den er am 28. Mai über die Assoziationsfrage erstellt habe; Hardenberg leitete seinen Text jedoch schon am 22. Mai an Lehrbach weiter. Am 12. Mai war Zwanziger zusammen mit dem brandenburgischen Kreisgesandten Julius Heinrich Graf v. Soden bei Hardenberg gewesen. War es Hardenberg dabei gelungen, seinen Gast auszuhorchen und dessen Meinung in indirekter Rede niederschreiben zu lassen? Hatte sich Soden, den Hardenberg damals noch überaus entgegenkommend behandelte, ehe er ihn wegen dessen reichsrechtlicher

³⁵ Näher *Wilhelm Wühr*, Die Emigranten der Französischen Revolution im bayerischen und fränkischen Kreis (Schriftenreihe zur bayerischen Landesgeschichte 27, München 1938, Nachdruck Aalen 1974) bes. 117 ff. mit (u. a.) den Abschnitten I. Die „Legion Mirabeau“ im Hohenloheschen und II. Die Fürstentümer Ansbach-Bayreuth als Emigrantenasyl, sowie *Riedenauer*, Schl., 344 f.

³⁶ Zitiert aus den dem Herzog von Württemberg übermittelten Abschriften.

³⁷ Aus dem Hohenlohe-Zentralarchiv Neuenstein (Beutter) ging mir unterm 27. 7. 1988 eine sehr hilfreiche, klare Stellungnahme zu, die in ihren wesentlichen Abschnitten im Wortlaut mitgeteilt sei: „Das sog. Geheime Gutachten Zwanzigers konnte auch im Hohenlohe-Zentralarchiv nicht ermittelt werden. Nach sorgfältiger Durchsicht der einschlägigen Unterlagen (Korrespondenz des Fürsten Heinrich August zu Hohenlohe-Ingelfingen mit Zwanziger im Bestand Archiv Kirchberg: Direktorium des Fränkischen Reichsgrafenkollegiums Nr. 82 sowie Berichte des Hofrats Braun an den Fürsten zu Hohenlohe-Kirchberg im Archiv Kirchberg: Nachlässe Bü 236) glaube ich mit aller Vorsicht feststellen zu können, daß es sich bei dem angeblichen Gutachten um eine Fälschung gehandelt haben muß. Zwar ersuchte Hohenlohe-Ingelfingen am 21. 5. 1792 Zwanziger um ein Gutachten in der Assoziationsfrage, doch dieser bezog sich in seinem Bericht vom 28. 5. 1792 auf seine ‚neuerlichen ordinären Kreisrelationen‘ [d. h. seine kürzlichen regelmäßigen Berichte. E. R.], in denen er seine ‚Privatmeinung und Überzeugung ... eben so freimütig als unvorgreiflich angeben‘ habe. Nachdem die Affäre mit dem Minister von Borié in Ingelfingen bekannt geworden war, äußerte Hohenlohe-Ingelfingen die Meinung: ‚zu offenherzig mag Herr von Zwanziger gesprochen haben und nicht mit nötiger Vorsicht‘ (eigenhändige Marginalie des Fürsten auf einem Gutachten des Ingelfinger Regierungsrats Knapp vom 7. 6. 1792). Auch Braun, der Vertreter Zwanzigers, betonte in mehreren Schreiben an den Fürsten zu Hohenlohe-Kirchberg, daß Zwanziger von interessierter Seite verleumdete worden sei und daß er, ohnehin amtsmüde, verdrängt werden sollte. Nach hiesiger Aktenlage glaube ich, daß die in Ihrer Arbeit von 1968 ... vertretene Auffassung zutreffend ist.“ – Auch aus dem Staatsarchiv Wertheim (Heine 15. 7. 1988) ging noch die Auskunft ein, daß kein Hinweis auf das „Geheime Gutachten“ gefunden werden konnte.

Skrupel entließ, unvorsichtig über Zwanzigers Ansichten geäußert³⁸? Oder ist sonst durch Indiskretion ein erster Entwurf in die Hand Hardenbergs gelangt? Konnte er deshalb keinen Originaltext übermitteln? Hatte Francken, der so suffisant über Zwanziger schrieb und Kreisgesandter der Linien Hohenlohe-Waldenburg war, die Hand im Spiel? Ich muß dies zunächst offenlassen, möchte jedoch auf eine authentische Briefstelle hinweisen, welche die Erregung deutlich widerspiegelt, welche damals in Schwaben und Franken wegen des außen- wie innenpolitisch so gefährlichen Zusammenspiels Österreichs und Preußens herrschte. In einem Privatbrief vom 8. April 1792 nimmt der sonst sehr vorsichtige Zwanziger kein Blatt vor den Mund: „Wie lange es überhaupt mit unserem allgemeinen und besonderen alten Staatsrecht noch halten kann, wird täglich zweifelhafter. Offenbar lenkt die göttliche Vorsehung alles nach und nach in den Weg einer deutschen Revolution, wobei nur diejenigen einbüßen können, die vom gemeinen Besten nur annehmen und nichts dafür geben wollen. Auch in hiesigen Gegenden regt sich der Verfolgungsgeist gegen die der letzterwähnten, Gefahr laufenden Klasse so verhaßte Demokratie.“³⁹

Ist dies die Erklärung und der Hintergrund für die von Bayard aus Paris berichtete Konzeption, die bisherigen Landesherren und Stände sollten ihr „dominium utile“ – also ihre Domänen und sonstigen Privatbesitz – genießen und zur Formierung eines „repräsentativen Staats“ – also einer demokratischen Republik – „konkurrieren“, was am ehesten so zu deuten wäre, daß sie ihren Anteil an Mitsprache und Steuerlast tragen sollten? Entspricht dies nicht genau den Mediatisierungsplänen, welche von Hardenberg und Montgelas gleichzeitig bzw. wenig später verfolgt wurden? Auch in seiner skeptischen Einschätzung der Dauerhaftigkeit der deutschen Reichsverfassung trifft sich Zwanziger mit Hardenberg – mit dem einen Unterschied freilich, daß Zwanziger besorgt der Auflösung dieser Verfassung entgegensieht und sich Gedanken macht, was an ihre Stelle treten könnte, während Hardenberg gezielt darauf hinarbeitet: Die Sprüche der Reichsgerichte (gegen die preußischen Übergriffe) „sind von dem reichs-ritterschaftlichen und geistlichen System diktiert. ... Man legt sie zu den Akten und geht seinen Weg“; es fehlt an Energie im deutschen Reich, „für dessen Constitution ich keine 3 Kreuzer mehr gebe“⁴⁰.

Ich zögere trotzdem, von dem 1974 geäußerten Verdacht, das „geheime Gutachten“ sei eine gezielte Fälschung Hardenbergs, nun ganz abzurücken. Daß Zwanziger eine Neutralität für notwendig, eine demokratische Umgestaltung der Verfassung Frankens

³⁸ Riedenauer, Zw., 163 nach *Carl Graf v. Soden*, 97 ungedruckte Briefe des Ministers Frh. Carl August v. Hardenberg an den Reichsgrafen Jul. Heinrich v. Soden 1791–94, in: Jahresbericht des Historischen Vereins für Mittelfranken 51 (1904) 1–44. Vielleicht hatte Hardenberg auch Gelegenheit gefunden, sich die Tatsache zunutze zu machen, daß er Logenbruder Zwanzigers war. Vgl. nun auch die neueste Biographie Sodens: *Peter Hanke*, Ein Bürger von Adel. Leben und Werk des Julius von Soden 1754–1831 (Würzburg 1988).

³⁹ Bei *Zwanziger*, (wie Anm. 2), 22f. Adressat ist der Castell'sche Konsistorialrat Heinrich Stephani. Vgl. *Riedenauer*, Zw., 509 mit Anm. 268, sowie *Rudolf Eichelsbacher*, Heinrich Stephani als Schulreformer in der Grafschaft Castell (Würzburg 1967). Äußerungen des Frhr. v. Montgelas mit durchaus ähnlichem Tenor hat übrigens *Eberhard Weis* in der Korrespondenz mit Gf. Seinsheim gefunden (demnächst im Druck).

⁴⁰ *Soden*, Briefe, 26.

für sinnvoll und/oder unausweichlich hielt, scheint festzustehen – ebenso aber auch, daß gerade in diesen Wochen und besonders im Gefolge des königlichen Reskripts vom 19. April Hardenberg alles daran setzte, die Arrondierung der preußischen Rechte und Besitzungen in Franken zu erzwingen; weder Eichstätt noch der Deutsche Orden, weder Württemberg noch Nürnberg und schon gar nicht die gräflichen und reichsadligen Herrschaften in Franken waren vor den preußischen Kommissaren und Exekutionskommandos sicher⁴¹. Daß im August 1792 anlässlich der Krönung Franz' II. in Frankfurt ein angeblich aus Nürnberg stammender „Bericht“ fast gleichen Inhalts mit dem „geheimen Gutachten“ verteilt wurde, daß Zwanziger als Verfasser kolportiert wurde und der Bamberger Direktorialgesandte v. Oberkamp bestätigte, „von gewisser Seite“ gebe man sich sehr viel Mühe, Zwanziger zu diskreditieren, paßt jedenfalls in das Bild⁴². Wenn es der preußischen Politik gelang, den Hauptsprecher der kleinen Stände, der zugleich die umsichtigste, erfahrenste und entschlossenste Persönlichkeit im Kreiskonvent war und das Vertrauen nicht nur seiner Prinzipalen, sondern auch des kreisausschreibenden Fürsten genoß, auf diese Weise politisch auszuschalten, so hatte man im Zeichen eines engen Einvernehmens mit Wien freie Bahn. Und eine Diskreditierung Zwanzigers gegenüber dem Fürstbischof von Bamberg versprach zusätzlich einen Vorteil in den laufenden Auseinandersetzungen um das Kreisdirektorium⁴³.

Waren die von Fürstbischof Franz Ludwig v. Erthal, von Herzog Karl Eugen, von Zwanziger und den „vertrauteren Gesandtschaften“ in Nürnberg (so in einem Bericht v. Oberkamps) gehegten Neutralitätswünsche zu dieser Zeit noch nicht wirklich aktuell, vielmehr überlagert von der konkreten Bedrohung durch Preußen, so änderte sich im Herbst 1792 die Lage plötzlich:

Am 1. September gelangte in Regensburg ein kaiserliches Hofdekret in der Frage eines Reichskrieges zur Diktatur, am 21. Oktober nahmen die französischen Truppen unter Custine Mainz ein, kurz darauf Frankfurt. Die Sorge vor einem Einfall in fränkische Kreislande – in erster Linie in die Grafschaft Erbach, deren Stimme Zwanziger ebenfalls vertrat – und das Fehlen einsatzbereiter Kreistruppen (die bambergischen und würzburgischen standen in den Niederlanden, die brandenburgischen wollten aus dem Kreiskontingent herausgezogen werden, Nürnberg war insolvent) verstärkten nun das Bedürfnis, sich neutral zu verhalten. Für den Fürsten zu Hohenlohe-Ingelfingen entwarf Zwanziger einen Bericht, der auch Zwanzigers übrigen Prinzipalen zuging und im Kern feststellte, daß „treue Anhänglichkeit an die Verfassung [und] wil-

⁴¹ Dazu grundsätzlich und mit besonderer Berücksichtigung des fränkischen Adels *Hanns Hubert Hofmann*, *Adelige Herrschaft und souveräner Staat* (Studien zur bayerischen Verfassungs- und Sozialgeschichte 2, München 1962) 168 ff., im übrigen die in Anm. 29 genannten Arbeiten von *Meyer*, *Süssheim*, *Hartung*, *Zierke* und *Hofmann*. Schilderungen einzelner Aktionen finden sich u. a. bei *Eugen Franz*, *Nürnberg, Kaiser und Reich* (München 1930) und in mehreren Bänden der Reihe „Historischer Atlas von Bayern, Teil Franken“ (München 1950 ff.). Es sei hierzu eingeräumt, daß im Vergleich zu 1796 die Aktionen des Jahres 1792 ihren Schwerpunkt noch auf der diplomatischen Ebene hatten.

⁴² StAB B 42 III, 20/54.

⁴³ Vgl. Hinweis bei *Riedenauer*, Schl., 337 Anm. 259, und besonders die historisch zurückgreifende ausführliche Darstellung bei *Sicken* (wie Anm. 20), 179–236 bzw. speziell 217 ff.

lige Erfüllung jeder Pflicht“ verbunden sein müsse „mit einer richtigen Berechnung von Lagen, Rechten und allen Umständen“ und daß „zur Herstellung der Erfordernisse [für einen Krieg] ein nochmaliger Versuch der Güte und des Wegs der Unterhandlungen“ angebracht sei⁴⁴. Für den Fall eines weiteren Vorrückens der französischen Armee sollte der Kreis-Generalmajor v. Eckart Custine entgegengesandt werden, um die konsequent friedliche Haltung des fränkischen Kreises vor allem in der Emigrantenfrage darzulegen. Die Selbstdarstellung der Kreisgesandten in der für Eckart ausgestellten Vollmacht ist interessant: „L'assemblée des états du cercle de Franconie, guidée par le premier et le plus sacré de ses devoirs, de veiller à la sûreté du cercle en general et à celles de chacun de ses membres en particulier, suivant les principes qu'elle a manifestée suffisamment dans plusieurs occurrences, a chargée le baron d'Eckart ... d'une mission analogue aux devoirs, aux principes et aux occurrences ...“⁴⁵

So nimmt bereits die Präambel vorweg, was als Punkt 5 der anschließend formulierten Grundsätze der Politik des Fränkischen Reichskreises deutlich erklärt wird: Die fränkischen Stände sehen sich dem Kreis enger verbunden als dem Reich⁴⁶! Im Rahmen der Reichsverfassung hatten die Kreise eigentlich immer nur subsidiäre Bedeutung, gleich ob es sich um Belange der Landfriedenswahrung und rechtlichen Exekution, des Polizei- und Münzwesens oder der Steuerkollektion handelte. Diese Präambel beruft sich nun zwar auf unmittelbare Landesnot und wäre ohne diesen Fall sicher nicht formuliert worden; doch müssen die hier ausgedrückten Gedanken schon seit geraumer Zeit am Kreiskonvent umgegangen und ausgetauscht worden sein. Man darf und muß hier meines Erachtens den Kern aller Auseinandersetzungen und speziell den Kern von Zwanzigers politischen Anschauungen sehen.

Zurück zum August 1796! Nach Rückschlägen im Sommer 1793 hatte die französische Armee im Dezember 1794 neuerlich den Rhein erreicht, am 5. März 1795 hatte Preußen den Sonderfrieden zu Basel geschlossen, welcher ihm in Franken verstärkte Arrondierungsmaßnahmen erleichterte und Hardenberg Gelegenheit gab, einzelne Kreisstände durch Schutzverträge enger an Preußen zu binden, sie gefügig zu machen und aus dem Kreisverband praktisch herauszulösen⁴⁷. Im Juni 1796 war dann der bekannte Zangenangriff Jourdans und Moreaus nach Franken bzw. Schwaben erfolgt, dem die geschwächte Armee des Erzherzogs Karl nicht standhalten konnte. Die Fürstbischöfe von Würzburg und Bamberg flohen am 17. bzw. 22. Juli nach Böhmen, Jourdan nahm am 22. Juli Würzburg und Schweinfurt, am 2. August Bamberg und die würzburgische Landesfestung Königshofen ein. In der knappen, faktischen Darstellung Friedrich Steins lesen sich die Ereignisse in Franken wie folgt: „Der Kreistag zu Nürnberg ließ zwar durch Abgeordnete mit dem französischen Generalstabschef Ernouff zu Würzburg für die im Krieg befangenen fränkischen Kreisstände am 7. August einen Waffenstillstand schließen, wonach dieselben gegen Zahlung von 6 Millionen

⁴⁴ 16. 10. 1792 (StAB B 42 III, 21/12). Ausführlicher wiedergegeben bei *Riedenauer*, Zw., 165 f.

⁴⁵ Ebenda 167 f. nach StAB B 42 III, 21/32.

⁴⁶ „5. Les Etats du Cercle tiennent de plus près au Cercle qu'à la Confédération générale du Corps germanique.“ (ebenda ad 32). Auch 1795 macht sich diese Tendenz bemerkbar, worauf etwa bei *Riedenauer*, Zw., 173 ff. hingewiesen wird.

⁴⁷ Neben der in Anm. 41 zit. Literatur vgl. auch *Riedenauer*, Zw., 175 ff.

Francs in Baarem, Lieferung von Lebensmitteln im Werthe von 2 Millionen und von 2000 Cavalleriepferden von allen weiteren Anforderungen frei gelassen werden sollten. Allein Jourdan ertheilte hiezu nicht die Genehmigung und so blieben diese Kreisländer den fortwährenden maßlosen Anforderungen der Franzosen ... unterworfen. Denn überall im Lande wurden Besatzungen ... zurückgelassen, als Jourdans Heer dem zurückweichenden [österreichischen General] Wartensleben nachzog.“⁴⁸

Die Ausgangssituation war also dem Sommer 1792 vergleichbar – mit den Unterschieden, daß 1. diesmal die feindliche Armee wirklich im Land stand, 2. die Kommunikation mit den geflüchteten geistlichen Fürsten unterbrochen war und 3. mehrere Kreisstände sich durch Neutralität aller Gefahr und Heimsuchung, damit auch aller Verantwortung, entzogen hatten.⁴⁹

Auf die Nachricht hin, daß der Schwäbische Kreis am 27. Juli einen Waffenstillstand geschlossen habe und erste Kontaktaufnahmen Rhodius' mit der französischen Generalität gute Aussichten für Verhandlungen erkennen ließen⁵⁰, faßten die Kreisgesandten am 29. Juli den Beschluß, „alles anzuwenden, was unbeschadet der Reichs- und Kreisverfassung zur Rettung sowohl als Sicherheit der fränkischen Kreislände und ihrer Bewohner diensam ist“⁵¹. Seinem Kreisgesandten v. Oberkamp hatte der Fürstbischof von Bamberg am 30. 7. die Erlaubnis zugehen lassen, an den von Zwanziger vorgeschlagenen Verhandlungen teilzunehmen mit dem beigefügten Wunsch, daß „den gesamten Kreisländen wo nicht dermal schon der Separatfriede, wenigstens ... die Neutralität zugestanden werden sollte. Diese Maßnahmen unterliegen ganz dem Gesetz der Notwendigkeit.“⁵² Oberkamp, Zwanziger, Rhodius und Harsdorf reisten daraufhin nach Würzburg, wo sie am 31. Juli mit Jourdan, dessen Divisionsgeneral Ernouf und dem Nationalkommissär Joubert sprechen konnten. Unter der Bedingung, daß die Festung Königshofen übergeben würde, war Ernouf zu weitergehenden Verhandlungen ermächtigt.

Unterm 2. August legte die Kreisdeputation ein Mémoire vor, das für den Kreis als Gesamtheit einen Waffenstillstand erbat auf der Grundlage der „conservation de la

⁴⁸ Friedrich Stein, *Geschichte Frankens II* (Schweinfurt 1886) 177 f.

⁴⁹ In seinem Brief vom 15. 8. 1795 (vgl. Riedenauer, *Zw.*, 563) kritisiert v. Francken die (im folgenden zu besprechende) Würzburger Übereinkunft mit der französischen Armeeführung nachträglich u. a. mit folgendem Argument: „Welche Stände das famose Arrangement mit ihrem Zujachzen beehrt haben, ist hier nicht bekannt. Es mögen wohl geistliche Herren gewesen sein ... Wenigstens ist ganz gewiß, daß 1. Brandenburg-Onolzbach, 2. Brandenburg-Culmbach, 3. Henneberg-Schleusingen, 4. Römheld, 5. Schmalkalden, 6. Hohenlohe-Waldenburg, 7. Hohenlohe-Neuenstein und sogar 8. nicht einmal alle civitatenses, quamvis in regula pedissequae Zwanzigeri, nicht den Applaudierenden beigezählt werden können.“

⁵⁰ Vgl. Anton Ernstberger, *Österreich und Preußen von Basel bis Campoformio* (Quellen und Forschungen aus dem Gebiet der Geschichte 12, Prag 1932); Karl Klüpfel, *Die Friedensunterhandlungen Württembergs mit der französischen Republik 1796–1802*, in: *Historische Zeitschrift* 46 (1881) 385–429; Riedenauer, *Zw.*, 503 f. aus StAB B 42 III, 27/173.

⁵¹ Riedenauer, *Zw.*, 545 aus StAB B 42 III, 28/98; ebenda 506 ist in Anm. 250a der wesentliche Inhalt des Kreisprotokolls aus StAB B 42 III, 27/183 mitgeteilt.

⁵² StAB B 42 III, 27/165 mit dem Anhang: „... hiebei aber auf Einhaltung der Reichsverfassung mit [!] hinzusehen, welcher aber unter dem dermaligen Drang der Umstände dieses Benehmen nicht entgegenzustehen scheint ...“

constitution tant politique que ecclésiastique du cercle en général et de chacun de ses états en particulier“⁵³. Letztere Wendung konnte und sollte zweifellos auch als Sicherstellung gegen preußische Übergriffe und als Garantie auch der geistlichen Fürstentümer verstanden werden⁵⁴.

Die Verbindung hatte jener Philipp Reibeld hergestellt, der unter dem Namen Gleichen (oder „von Reibeld“, auch „Baron Gleichen“?) in französischem Geheimauftrag von Genf über München und Regensburg nach Nürnberg gereist war, wo er sich vom 3. März bis 3. Juli aufhielt. Daß er dort auch Zwanziger kennengelernt habe, berichtet Johann Benjamin Erhard (Charitophile Nomocrates) am 5. Juli nach Paris⁵⁵. Möglicherweise war der offensichtlich gebildete Erhard der eigentliche geistige Vater einer – auf eine Republik zielenden, aber im Ablauf gemäßigten – Neuordnung der Verfassungsverhältnisse. Er schreibt selbst, daß er an einer von ihm vorgeschlagenen Reform der Nürnberger Rats- und Finanzverfassung nur an der Seite Zwanzigers mitarbeiten wolle⁵⁶.

Daß Reibeld Zwanziger für seine revolutionären Ziele „eingenommen“ habe, ist eine nicht belegte Vermutung⁵⁷, auch wenn der eben genannte Erhard, den Reibeld zu wöchentlicher Berichterstattung verpflichtet hatte, Nürnberg als den „Mittelpunkt der Aufklärung“ pries, „weil man daselbst in jeder Gesellschaft freimütig sprechen kann ... und das gemeine Volk demokratisch, aber leider meistens nur demokratisch [statt republikanisch] gesinnt ist“⁵⁸. An Reibeld schrieb Ernouf am 3. August, an der Höhe der vom Kreis angebotenen Leistung sei Jourdan am meisten gelegen; am gleichen Tag berichtete Reibeld auch dem Direktorium über die Verhandlungen mit der Kreisdeputation⁵⁹.

⁵³ StA Nürnberg Nürnberger Kreistagsakten 326, als Punkt 3, dem als Punkt 4 die Bitte um einen Waffenstillstand „pour le Cercle de Franconie jusqu'à la pacification générale ...“ angefügt war.

⁵⁴ Ebenda Punkt 7: Bitte um „droit et justice pour tout la situation compliqué, dans laquelle le cercle de Franconie se trouve, ainsi que pour les liens, qui l'attachent au corps Germanique en général“. Die Bitte um Berücksichtigung der inneren Verhältnisse dürfte auch im Hinblick darauf ausgesprochen worden sein, daß zuvor und neuerlich in den preußisch-französischen Sonderfriedensvereinbarungen die geistlichen Staaten als Entschädigungsobjekte benannt worden waren. Vielleicht ist es im übrigen auch kein Zufall, daß nicht das Reich (Empire) angesprochen wurde, sondern das „corps Germanique“.

⁵⁵ *Johann Benjamin Erhard*, Über das Recht des Volks zu einer Revolution und andere Schriften, hrsg. und mit einem Nachwort von *Hellmut G. Haasis* (Reihe Hanser 36, München 1970), mit einem auf Forschungsergebnissen von *Richard W. Dill* beruhenden Abdruck der Agentenberichte Erhards. Hier im Bericht vom 5. 7. 1796 die Mitteilung: „Am 3. dieses Monats reiste Herr von Reibelt ab. Er hat die Bekanntschaft des diplomatischen Korps und des Doktor Erhard gemacht ...“ (S. 166). Zur Person und Aufgabe Philipp Reibelds ebenda 250. (Eine einschlägige Veröffentlichung R. Dills konnte bibliographisch nicht ermittelt werden.)

⁵⁶ In Bericht an das Direktorium vom 13. 9. 1796, ebenda 186 f.

⁵⁷ Von Scheel und Haasis als sicher angenommen.

⁵⁸ Zitiert nach *Haasis/Dill*, 169 f.

⁵⁹ *Sydney Seymour Biro*, *The German Policy of Revolutionary France ... 1792–1797* (Cambridge/Mass. 1957) hier II, 634, Anm. 11. (Diese Arbeit ist wegen ihrer Dokumentation, weniger bezüglich der Interpretation der Ereignisse nützlich. Bei *Riedenauer*, Zw., 511, ist die erste Fußnoten-

Am 7. August gelangte schließlich ein sogenanntes „Arrangement provisoire“ zum Abschluß, das sofort zweisprachig gedruckt und von den „unterzeichneten Bevollmächtigten des Fränkischen Kreises“ verbreitet wurde⁶⁰. Die ausführlichste Kritik dieser Übereinkunft kommt aus der Kanzlei von Hohenlohe, das sich, jahrelang ein Hort der Emigranten, in letzter Stunde unter den Schutz der preußischen Neutralität geflüchtet hatte und sich nun beschwerte, nicht von der Kontribution ausgenommen worden zu sein⁶¹.

Wichtiger erscheint die Frage: War dadurch der Weg zu einer republikanischen Umgestaltung des fränkischen Kreises vorbereitet?

1. Die verbindliche französische Fassung verwendet die Datierung des Revolutionskalenders. Das scheint mir nicht wesentlich.

2. Die Präambel bezeichnet die Vertragspartner des französischen Generals als „bevollmächtigte Mitglieder der allgemeinen fränkischen Kreisversammlung, in Auftrag- und Vollmachten-Namen der gesamten Lande des Fränkischen Kreises mit Einbegriff der unmittelbaren fränkischen Reichsritterschaft“. Es fällt auf:

a) Die Fürsten der fränkischen Stände, welche nach wie vor verfassungsmäßig allein den Kreis konstituierten, werden nicht erwähnt. Sie hatten zwar (zum Teil) den Versuch eines Arrangements gebilligt, aber tatsächlich keine Gelegenheit, Inhalt und Text zu genehmigen. Sie zu nennen, wäre daher eine klare Vollmachtenüberschreitung gewesen – sie zu verschweigen konnte freilich dem französischen Partner nur recht sein.

b) An ihrer Stelle stehen „die gesamten Lande des Fränkischen Kreises“. Das ist nicht nur die Alternative, sondern ein zweifelsfrei republikanisches Konzept von Auftrag und Vollmacht.

c) Dazu paßt wiederum die Selbstdarstellung der Deputierten als „Mitglieder der ... Kreisversammlung“. Diese war jedoch ein Gesandtenkongreß, kein beschlußfähiges Parlament, keine „assemblée générale“! Die Frage ist, ob dieser Umstand dem französischen General unbekannt und er durch eine solche Formulierung zu beeindrucken war. Mag er sie gefordert oder auf Vorschlag der Deputierten gern akzeptiert haben – die Konstituierung einer fränkischen Republik konnte durch einleitende Worte in einem Kontributionstraktat sicher nicht realisiert werden! Daß eine „Annäherung an die Grundsätze der französischen Republik“ nötig war, betonten die Deputierten nach ihrer Rückkehr, und daß diese Annäherung sich bezahlt machte, zeigt die Höhe der vereinbarten Kontribution: Sie betrug weniger als ein Drittel der dem Schwäbischen Kreis abverlangten und weniger als die Hälfte der nach Kassation durch Jourdan in Franken eingehobenen Kontribution.

Fortsetzung Fußnote von Seite 47

zeile verdorben; sie müßte lauten: „²⁷² Von dort berichtet Reibeld-Gleichen am 3. 8. an das Direktorium über die“).

⁶⁰ Vollständiger deutscher Text u. a. bei *Julius Reichsgraf Soden*, *Die Franzosen in Franken im Jahr 1796* (Nürnberg 1797) 42 ff. Die gedruckte zweisprachige Fassung liegt bei Oberkamps Bericht vom 22. 8. 1796 in StAB B 42 III, 27/183.

⁶¹ Francken brieflich an Heß unterm 15. 8. 1796. Aus BayHStA K.schw. 13259 ausführlicher wiedergegeben bei *Riedenauer*, *Zw.*, 516f.

3. Die erste Vereinbarung sichert Person, Eigentum, Religionsgebräuche, Gesetze und Gewohnheiten des Landes. Das klingt nicht revolutionär. Punkt 3 sichert freie Rückkehr mit ihrer Habe „allen Einwohnern des Fränkischen Kreises, selbst auch den höchsten und hohen Ständen“, in bestimmter Frist zu. Die Fürsten werden gewissermaßen zu den Einwohnern gezählt, ihnen wird (Privat-)Eigentum zugesichert, keine Regierungsgewalt. Aber man könnte auch sagen, daß diese ohnehin nicht Gegenstand der vorliegenden Vereinbarung sein sollte oder konnte, ein Schweigen in dieser Hinsicht also noch keine Depossidierung bedeutet. Vor dem Hintergrund der vergangenen Ereignisse in Frankreich waren Garantie von Leben und Eigentum andererseits kein geringes Zugeständnis.

4. Die Punkte 4–8 regeln Art, Höhe und Termine der Kontribution. Sie soll gemäß Punkt 9 „sous l'autorité de l'assemblée générale du cercle“ und gemäß den von französischer Seite aufgestellten Grundsätzen geleistet werden, welche u. a. eine progressiv stärkere Belastung der Reichen, der Adeligen und der Kirche vorsahen. Die Kreisversammlung kann Ausführungsbestimmungen erlassen (Punkt 14) und Exekution durch französische Truppen anfordern (Punkt 10). Sie wird dadurch zur maßgebenden staatlichen Gewalt in den fränkischen Kreislanden. Das kann als Bruch der Reichs- und Kreisverfassung bezeichnet werden – aber wiederum nur theoretisch, da eine andere handlungs- und verhandlungsfähige Behörde effektiv nicht vorhanden war! Vor allem aber: Diese der Kreisversammlung zugeschriebenen Rechte sind unmittelbar an die Ausführung des Kontributionsvertrags gekoppelt und gehen nicht darüber hinaus.

Vielleicht kann man – soweit zusammenfassend – sagen, daß diese Bestimmungen nicht formell, aber immerhin ideell die alte, feudale Verfassung außer Kraft setzten. Daß sie bewußt ein erster Schritt zur Republikanisierung Frankens sein sollten (wie Scheel meint), hat Zwanziger nie eingeräumt und ist auch m. E. durchaus unwahrscheinlich. Bei der Abfassung des Würzburger Akkords bestand für ihn weder Zweckfreiheit noch Handlungsfreiheit. Die Interessen – und Aufträge – der französischen Generalität kamen einer revolutionären Umgestaltung auch keineswegs entgegen. Immerhin konnte der Fränkische Kreis hier ein einprägsames Beispiel abgeben, wie inmitten des Reichs eine zwar nicht gewählte, aber in gewissem Sinn doch repräsentative Versammlung Verantwortung und damit Autorität übernehmen, Schutz ausüben und Selbständigkeit beanspruchen, Vertrauen genießen und für Ruhe und Ordnung sorgen konnte⁶². Auflösung aller Ordnung in einer wüsten Aufstandsbewegung – dies mochte der französischen Führung noch 1791/92, aber nicht mehr jetzt wünschenswert erscheinen. Beide Seiten rechneten mit einem längeren Aufenthalt der französischen Truppen im Lande, beide hatten ein Interesse an wirksam amtierenden Zivilbehörden, beide wußten, daß die Vollmachten der zurückgebliebenen Regierungen vage, die Beamten ängstlich und Instruktionen aus Böhmen kaum, jedenfalls nicht prompt, zu erhalten waren. Wenn daher Rhodius erklärt haben soll, für den Fall einer längeren

⁶² Es ist vielleicht nicht ohne Bedeutung, daß Zwanziger bereits 1782 sich energisch dafür eingesetzt hatte, daß im Fränkischen Kreistag alle Stimmen gleiches Gewicht erhielten und das Ausschreibamt auf die Ausführung der Mehrheitsbeschlüsse verpflichtet wurde (*Sicken*, 213 f.). Dazu näher ebenda 174 f., wo Sicken die Entstehung und Auswirkungen eines Korpsgeistes unter den Gesandten beschreibt und belegt.

Abwesenheit der Fürsten sei eine mit dem französischen General gemeinschaftliche Administration vorgesehen gewesen, so wäre dies doch auf jeden Fall die vernünftige Alternative zu einer reinen Militärregierung gewesen⁶³!

Es bleibt noch ein weiterer Punkt des Würzburger Abkommens zu besprechen, der Hardenberg so wichtig schien, daß sich seine Kritik in erster Linie hierauf, erst in zweiter Linie auf das angebliche Republikanisierungsprojekt richtete: 12. Die Markgräflümer Ansbach und Bayreuth sind „nach dem status quo, in welchem sie vor dem Krieg waren ...“, von ihrem Beitrag zur Kontribution ausgenommen. Das klingt unauffällig angesichts des neutralen Status der nun preußischen Lande. Aber zwischen August 1796 und April 1792 liegen zwei Wellen preußischer Revindikationen, und die Anwendung dieser Konvention hätte nichts anderes bedeutet, als daß größere fränkische Gebietsteile, auf welche Hardenberg inzwischen seine Hand gelegt hatte, mit Hilfe französischer Truppen in die Pflicht gegenüber der Gesamtheit des Kreises zurückgezwungen worden wären. Die Formulierung dieses Punktes war eine eindeutige Desavouierung der preußischen Arrondierungspolitik, welche Argumente auch immer angewendet worden waren⁶⁴. Dies war ein bedeutender Erfolg Zwanzigers, und es ist vielleicht nicht nebensächlich, daß er, um dies zu erreichen, keine verfassungsmäßigen Prinzipien aufgeben mußte, sondern sich auch hier mit dem französischen Standpunkt traf, der in einer Weisung des Direktoriums klar formuliert wurde: „... il est ... de notre intérêt d'écarter les vaines prétentions de la Prusse ... sur différentes parties du territoire qui leur sont étrangères et dont ces puissances [Preußen und Hessen] pourraient s'attribuer la possession dans les circonstances actuelles“; noch konkreter wurde in diesem Schreiben Jourdan vor den Machenschaften Hardenbergs gewarnt, „afin d'écarter tous les moyens qu'il emploiera pour tâcher de couvrir de la protection de sa cour des propriétés particulières“⁶⁵.

Wie stellten sich – wenn auch im nachhinein – die Fürsten der traditionell reichs- und kaisertreuen geistlichen Kreisstände Bamberg und Würzburg zu diesem Arrangement? Unterm 12. August bestätigte Fürstbischof Buseck seine Weisung vom 30. Juli, die auf eine Neutralität zielte, wollte sie jedoch nicht öffentlich bekanntwerden lassen, „um bei dem kaiserlichen Hofe gegen Uns keine üble Sensation zu erwecken“, und fand es ganz opportun, daß „die Abordnung zweier Kreisdeputierter ohne Unsere ausdrückliche Beiwirkung schon bestimmt war, folglich nicht Uns unmittelbar, sondern

⁶³ Riedenauer, Zw., 516–521. Das Direktorium hatte bezüglich einer Revolutionierung des übrigen Europa durchaus andere Grundsätze als die zuvor maßgebenden Männer. Diesbezüglich kann u. a. auf die Arbeit von Homan (s. Anm. 70 und 75) und unter den in Anm. 80 genannten Studien von Eberhard Weis auf die klare Feststellung in dem die Beziehungen zwischen Bayern und Frankreich betreffenden Aufsatz (S. 566) hingewiesen werden: „1796 hatte die französische Armee in Deutschland auf Anweisung des Direktoriums den deutschen Jakobinern jede Unterstützung verweigert und den Wunsch, die Revolutionierung der deutschen Gebiete zu erzwingen, schroff zurückgewiesen.“

⁶⁴ Zwanziger selbst weist in seinem Bericht vom 14. August darauf hin, daß der Artikel 12 gemäß Punkt 3 der Instruktion vom 29. Juli formuliert worden sei, bestärkt durch das Prinzip der „konstitutionellen Grundsätze“ (StAB H 2/91, p. 1504 ff.). Jener Punkt hatte festgestellt, daß „in Absicht auf Lieferungen und jede Gattung von Forderungen ... kein Mitstand zum Opfer für die übrigen ... gemacht werden [dürfe]“.

⁶⁵ A. Debidour (Hrsg.), Recueil des actes du Directoire exécutif ... III (Paris 1913) 339.

... den mehreren Stimmen die etwaige Ausgleichung mit der französischen Generalität zugeschrieben werden mag“.

Am 17. August genehmigte er ausdrücklich den geschlossenen Vertrag. Der Würzburger Fürstbischof Fechenbach äußerte sich Buseck gegenüber sehr zufrieden, zumal der Vertrag sich mit der Reichsverfassung gut vereinbaren lasse. Auch er war bemüht, hinter dem Rücken einer Mehrheit der Kreisgesandten Deckung zu finden, wobei ihm – wie Buseck – bewußt gewesen sein muß, daß eine solche ohne Zwanziger und Rhodius nicht zu erreichen war. Die Kreisdeputation solle Vollmacht erhalten, alles das zu akzeptieren, was unter Wahrung der Verfassung des Reichs „nötig und ausgiebig genug sei, um den Fränkischen Kreis und seine Untertanen vor dem Verderben zu retten ...“ Für die Reichsritterschaft schließlich bedankte sich der Ritterhauptmann von Rhön-Werra überschwenglich und begrüßte es, daß auch deren Lande und Einwohner eingeschlossen wurden⁶⁶.

Die hier herangezogenen Schreiben sind auf den 12. August oder etwas später datiert – offenbar noch ohne Kenntnis, daß Jourdan am 11. August die mit seinem Wissen abgeschlossene Übereinkunft widerrufen hatte. Jourdan stand damals in Lauf, wo Hardenberg ihn aufsuchen wollte, um die „höchst insidiösen“ Bestimmungen vor allem des Artikels 12 außer Kraft setzen zu lassen. Die oben zitierte Weisung hatte Jourdan damals noch nicht erhalten; er annullierte den Vertrag auch ohne Hardenbergs Intervention – „vermutlich weil er freie Hände behalten wollte, für seine vielen Bedürfnisse nach Belieben zu fordern“⁶⁷. Damit ist auch wohl jede Spekulation vom Tisch, daß die Würzburger Übereinkunft eine Republikanisierung Frankens hätte einleiten sollen.

Aber Zwanziger und Rhodius verhandelten doch wenig später in Paris eben darüber? Tatsächlich reisten beide, mit Vollmacht des Kreises (vermutlich genauer: der engeren Konferenz der Bank-Vorsitzenden) versehen, in Begleitung Reibelds am 15. August von Nürnberg über Frankfurt nach Paris, um zu versuchen, den Vertrag doch in seinem wesentlichen Inhalt aufrechtzuerhalten und für den Artikel 12 eine geeignete neue Formulierung zu finden. Erst am 26. August konnte Fürstbischof Fechenbach sich von Prag aus dazu äußern: „Was die Sendung der geheimen Räte v. Zwanziger und Rhodius nach Paris, oder vielmehr ihren selbstgefaßten und ausgeführten Entschluß, dahin zu gehen, betrifft, so billigen wir diesen Entschluß ...“ Selbst ein förmlicher Waffenstillstand und Rückruf der Kreiskontingente aus der Reichsarmee solle nötigenfalls genehmigt werden, „wenn auf diesen Preis die Rettung des Kreises gesetzt ist“. Angesichts der durch die Flucht der kaiserlichen Reichsarmee entstandenen Situation sei auch dieses „nicht mehr verfassungswidrig“. In gleichem Sinn instruierte der Fürstbischof von Bamberg seinen Gesandten⁶⁸.

Da Hardenberg durch die Abberufung des Nachfolgers Sodens am Kreistag (Friedrich Pfeiffer) an eben diesem 15. August die Chance verschenkt hatte, diesen Kreis-

⁶⁶ Ausführlicher bei *Riedenauer*, Zw., 523 ff. nach StAB B 42 III, 27/179 f., und StAN Nürnberger Kreistagsakten 326.

⁶⁷ So die sicherlich zutreffende Interpretation Hardenbergs.

⁶⁸ Vgl. *Riedenauer*, Zw., 525 mit Anm. 327 (hier Druckfehler „Kreiskontingente“ statt „Kreiskontingente“).

schluß zu verhindern, sandte er seinerseits am 19. August Bayard nach Paris, um den preußischen Gesandten Sandoz-Rollin dabei zu unterstützen, die Absichten der Kreisgesandten zu durchkreuzen, insbesondere die Revindikationen zu rechtfertigen und für weitere Erwerbungen (wobei vor allem an Nürnberg gedacht war) günstige Voraussetzungen zu schaffen, auch zu diesem Zweck nach Kräften gegen Österreich zu agitieren – das ja im Fall einer Wendung des Kriegsglücks als einziges in der Lage gewesen wäre, Preußen in Franken in die Schranken zu weisen⁶⁹.

Zwanziger ging davon aus, daß durch die Annullierung der Konvention von Würzburg der ursprüngliche Auftrag der Kreisdeputation wieder aufgelebt sei, den er in seinem Bericht aus Paris vom 17. September folgendermaßen umschrieb: „a) Herstellung eines ordentlichen Kontributions- und Verpflegungssystems für den gesamten Kreis“, dazu „b) Aufrechterhaltung der mit dem General Ernouf abgeschlossenen Konvention, c) Erzielung einer allseits annehmblichen und für alle sonstigen Verhältnisse unverfänglichen Auskunft der über den Inhalt des 12. Artikels ... entstandenen Mißlichkeiten.“ Der Fränkische Kreis dürfe nicht „ohne allen Nutzen das Opfer seiner Anhänglichkeit an die konstitutionellen Formen sein“; die Hauptschwierigkeit bestehe darin, einen Weg zwischen Verfassungstreue, Schutz der eigenen Person vor „Mißdeutungen“ und dem „Drang der Not“ zu finden. Am Tag zuvor hatte Delacroix, der Leiter der Außenabteilung des Direktoriums, nach langen Verhandlungen einen neuen Vertrag unterzeichnet – der bereits gegenstandslos war, da es dem Erzherzog Karl gelungen war, am 24. August bei Amberg mehrere französische Korps zum Rückzug zu zwingen und am 3. September bei Würzburg einen entscheidenden Sieg zu erringen.

Was wissen wir nun über die Aktivitäten Zwanzigers in Paris? Er war am Abend des 23. August angekommen, hatte sich unter Berufung auf eine Empfehlung eines Geheimagenten mit dem sprechenden Namen „Gleichen“ bei dem „Bürger Direktor“ Reubell angemeldet und um eine Audienz gebeten. Er verwies dabei auf seinen öffentlichen Rang und seine bekannten unveränderlichen Grundsätze sowie auf die Bevollmächtigung durch die „assemblée générale des représentants des états du cercle de franconie“. An dieser Legitimation scheint mir nichts auszusetzen: Der Begriff „Stände“ trifft im Verständnis der Zeit in erster Linie die Fürsten, nicht Land oder Volk; allenfalls die Unterschrift als „Mitglied“ der allgemeinen Kreisversammlung könnte ambivalent aufgefaßt werden.

An dem Bericht, den Reubell sich daraufhin erstatten ließ, scheint mir zunächst die darüberstehende Anweisung Reubells interessant, ihm die „Schriftstücke“ vorzulegen; offensichtlich hat ein Vorzimmergespräch, in dessen Verlauf Schriftsätze übergeben wurden, stattgefunden⁷⁰. Haben wir hier endlich einen greifbaren Hinweis auf einen

⁶⁹ Ebenda 527 f., u. a. nach *Scheel*, 239 f.

⁷⁰ Der Verfasser dieses Berichts ist, wie oben S. 36 bemerkt, nicht bekannt. Charles Delacroix selbst kann es nicht gewesen sein, da dem von ihm geleiteten Amt die Sachbehandlung übergeben werden sollte. Vielleicht kann an den Leiter des Diplomatischen Büros, Ange Bonnier, gedacht werden. Zu Reubell und dessen Verhältnis zu seinen Kollegen und Mitarbeitern siehe *Gerlof Homan*, Jean-François Reubell. French Revolutionary, Patriot and Director (The Hague 1971) z. B. 106 und 131 f.

von Zwanziger ausgearbeiteten Plan einer fränkischen Republik? War die Gelegenheit gekommen, das mit Reibeld geschmiedete Komplott, durch Hintergehung der nichtsahnenden übrigen Kreisgesandten und abwesenden Fürsten ermöglicht, an der Quelle der Revolution zu verwirklichen? Suratteau ist bereit, diesen Schluß zu ziehen⁷¹.

Der fränkische Gesandte, so berichtet der Mitarbeiter Reubells, möchte Verhandlungen mit dem Kriegsministerium führen. Es kann sich hier nur um die Kontributionsfrage handeln: Jourdan hatte zugestimmt, Ernouf hatte abgeschlossen, Jourdan hatte widerrufen, der alte oder ein erträglicher neuer Akkord sollte geschlossen werden, dazu waren Zwanziger und Rhodius bevollmächtigt. „Es scheint“, heißt es in der Vormerkung, daß er auch einen Plan einer fränkischen Republik vorschlagen möchte, dessen Grundsätze er (schriftlich?) überreicht. Der Berichterstatter schlägt vor, dieses Projekt gemeinsam mit den Entwürfen der Gesandten des Oberrheinischen und Schwäbischen Kreises vorzunehmen und einen Gesamtbericht zu erstellen, wobei noch zu erwägen sei, ob die ganze Materie nicht dem Außenamt übergeben werden solle.

Württemberg hatte am 7. August, Baden am 22. August einen Separatfrieden geschlossen; ersterer wurde erst zu Anfang September ratifiziert. Der württembergische Sondergesandte Mandelslohe sollte auch für den Schwäbischen Kreis einen Definitivfrieden – neben einem Nachlaß der Kontribution – aushandeln. Zwanziger und Rhodius wurden nach Bayards Bericht gut aufgenommen; der Finanzminister Faypoult unterhalte enge Beziehungen zu Zwanziger, auch Carnot und dessen wichtigster Mitarbeiter im Kriegsministerium, General Clarke, verkehrten mit ihm⁷². Im wesentlichen aber scheinen die Anliegen Zwanzigers – wie der Mitarbeiter Reubells vorgeschlagen hatte – von Delacroix behandelt worden zu sein, der zum Erstaunen von Sandoz-Rollin über die demokratische Verfassung der deutschen Reichsstädte mehr wußte, als Hardenberg bei seinen Absichten auf Nürnberg lieb sein konnte⁷³.

Am 6. September bestätigte das Directoire exécutif – mit Ausnahme des 12. Artikels – zunächst das Arrangement von Würzburg, das von Zwanziger zuerst ausdrück-

⁷¹ In einer ausführlichen Besprechung in den *Annales historiques de la Révolution française* 47 (1975) 493–496 und in einer liebenswürdigen brieflichen Stellungnahme vom 4. 9. 1974. In ersterer schreibt *Suratteau*: „Zwanziger fut ... l'un de ceux qui fournirent au directeur alsacien des rapports pour la constitution d'Etats allemands alliés de la France“ und teilt mit, daß die o.g. Aktenstücke rubriziert sind „Révolution de la Franconie“. Brieflich stellt er Idealisten wie in Heidelberg einen auch von Zwanziger repräsentierten Typ von Männern gegenüber, die „étaient plus 'allemands', c'est à dire qu'ils insistaient auprès du Directoire de façon moins idéaliste pour essayer de montrer aux dirigeants de Paris l'intérêt qu'il avait à voir créer en Allemagne moyenne au-delà du Rhin des états alliés (en Souabe, en Franconie ...)“ und legt dar, „comment je vois les raisons essentielles de la non réussite de tentatives comme celle de Zwanziger ...“.

⁷² Im Anschluß an seinen Besuch in Paris reiste Zwanziger nach Wien, um auf inoffiziell-unauffällige Weise im Auftrag von Carnot und Clarke Möglichkeiten von Friedensverhandlungen zu sondieren. Näher *Riedenauer*, Zw., 548 ff., u. a. nach *Guyot* (wie Anm. 4), der auf S. 306 ff. „L'affaire Zwanziger“ beschreibt.

⁷³ Ausführlicher *Riedenauer*, Zw., 528 f. und 531 mit Anm. 352. Seine Kenntnis über die deutschen Reichsstädte kann Delacroix auch oder teilweise bereits aus den Anträgen der rheinischen Städte oder – speziell betr. Nürnberg – aus dem Bericht Erhards vom 12. 7. 1796 (bei *Haasis*, 175 ff.) gewonnen haben.

lich als provisorisch anerkannt werden mußte. Zwischen dem 7. und 14. September handelte Zwanziger die Geld-Kontribution von zunächst 200% der ursprünglichen Summe auf 133% herunter und erreichte, daß darauf auch alle bisherigen Naturalleistungen angerechnet würden. Beide Seiten gingen stillschweigend davon aus, daß die französischen Armeen in Franken wieder vorrücken würden und alles dann auf ein reines Abrechnungsgeschäft hinauslaufen würde⁷⁴.

Die neue Fassung des Artikels 12 bestätigte, daß von der Umlegung der Kontribution die Besitzungen des Königs von Preußen, des Landgrafen von Hessen-Kassel und der mit Frankreich in Frieden befindlichen Fürsten (Sachsen?) ausgenommen sein sollten. Zwanziger legte auf diesen Punkt in seinem Bericht großen Wert; er meinte, die Formulierung „possessions appartenants au Roi de Prusse“ lasse dem Kreis und den geschädigten Ständen die Möglichkeit offen, zu behaupten, die preußischen Besitznehmungen „seien keine wahren preußischen Appertinenzien und daher noch unter der von gesamten Kreises wegen zu entrichtenden Kontribution mit begriffen“. Den daraus entstehenden Streit könne man auf sich zukommen lassen, bis die französische Regierung dann eine angemessene Entscheidung treffe. Noch lieber wäre es Zwanziger gewesen, wenn Preußen und der Kreis in dieser Frage gleich auf gütliche Einigung verwiesen worden wären, da es ihm und Rhodius auch darum gehe, „bei der königlich preußischen Seite wegen aller unserer Handlungen ... in dem wahren Lichte zu erscheinen“. Diesem Wunsch trug das Direktorium in der am 14. September vereinbarten Zusatz-Konvention Rechnung, welche Delacroix dann zwei Tage später unterzeichnete⁷⁵.

Sagt also diese neue Konvention über die Kontribution viel, über das Verhältnis zu Preußen wenig aus, so schweigt sie völlig über die künftige Verfassung Frankens. Die Präambel bezieht sich auf „die Stände, welche den Kreis bilden“, ist also, wie Zwanziger immer wieder betont, der Verfassung konform. Man muß ihm wohl auch zugeben, daß „für die Würde, Ehre und das Interesse des Kreises, besonders aber für die Aufrechterhaltung seiner Gesamtheit in dieser jammervollen Lage“ nicht „richtiger und zweckmäßiger hätte gesorgt werden können“⁷⁶.

Wie aber ist dann doch das Republik-Projekt in die Vormerkung für Reubell gekommen? „Il *semble* vouloir profiter pour proposer ...“, heißt es dort. Wollte er oder wollte er nicht?

⁷⁴ Näher ausgeführt bei Riedenauer, Zw., 532 ff. mit Auswertung des Berichts von Zwanziger und Rhodius vom 17. 9. 1796. Die Protokoll-Auszüge der Pariser Verhandlungen sind von *Debidour*, (wie Anm. 65) 548 f. und 626 f. publiziert worden.

⁷⁵ Reubell setzte, wie *Homan*, 131 f. herausarbeitet, auf ein Zusammengehen mit Preußen, um ein politisches Gleichgewicht in Europa zu sichern und Österreich und das Reich daran zu hindern, Frankreich die Rheingrenze streitig zu machen, wobei ihm Delacroix zur Hand ging, während Carnot die Annexionspolitik im Rheinland, die dem gleichen Zweck dienen sollte, als Hindernis zum Frieden betrachtete. Dies dürfte auch erklären, warum Zwanziger bei seinen Verhandlungen als erstes auf den Artikel 12 verzichten mußte. Gegenüber Sandoz-Rollin hatte Delacroix schon am 4. September versichert, in die Abmachungen mit dem Fränkischen Kreis werde nichts aufgenommen werden, was den Interessen des Königs in Preußen widerstreite (Zwanziger, 30).

⁷⁶ In § 16 des Hauptberichts aus Paris.

Eine erste Möglichkeit: Zwanziger war ja nicht selbst im Büro des Directoire exécutif. Er hatte seine Anmeldung überbringen lassen und um mündlichen Bescheid gebeten. Seinen Boten nannte er „Gleichen“ – es war also Reibeld selbst⁷⁷, der ja in erster Linie Pläne für „eine neue Ordnung“ verfolgte. Hat er möglicherweise diese – seine und Erhards – Pläne in Zwanzigers Auftrag hineingemischt und diesem in den Mund gelegt?

Eine zweite Möglichkeit: Zwanziger hatte – in Vorsicht und zur Legitimation – Gesichtspunkte ausgearbeitet, wie eine solche Verfassung in Rücksicht auf die gegebenen territorialen Verhältnisse gestaltet werden müßte, falls das Direktorium solche Pläne hegte. Das war dann durchaus nicht der Fall und auch inzwischen für die unmittelbare Zukunft durch die militärische Situation gegenstandslos geworden. So wurde allem Anschein nach darüber überhaupt nicht gesprochen. Reibeld freilich dürfte begeistert davon erzählt haben.

Zum Schluß drei Fragen:

1. War der Plan einer „fränkischen Republik“ ein in Nürnberg entworfenes, in Würzburg vorbereitetes und in Paris vorgetragenes konkretes Projekt Zwanzigers und seiner Gesinnungsfreunde? – Nein.

2. Hat Hardenberg aus solchen unverbürgten, ihm aber gelegenen Mitteilungen einen dem friderizianischen „s'aggrandir“ verpflichteten und auf Diskreditierung Zwanzigers zielenden Popanz gemacht? – Das halte ich nach wie vor für möglich, sogar wahrscheinlich.

3. Wie kommt es, daß man einen solchen Plan mit Aussicht auf Erfolg gerade Zwanziger in die Schuhe schieben konnte? – Hätte man ihm auch ohne politische Absicht Neigungen in dieser Richtung nachsagen können?

⁷⁷ Die Frage, ob eine Identität von Reibeld und Gleichen, womöglich sogar mit einem der österreichischen Diplomaten bekannten Franzosenfreund Baron Gleichen, als sicher gelten kann, muß hier ausgeklammert werden. Immerhin ist „Gleichen“ nach dem Wortlaut des Vorstellungsschreibens ein Deckname. Reibeld wirkte zwar in Süddeutschland (vgl. auch Anm. 82), „Gleichen“ war für Norddeutschland aufgestellt; doch ist dies noch kein schlüssiger Gegenbeweis. In seinem Agentenbericht vom 13. September lobt Erhard den Eifer des „Bürgers Gleichen“ und bestätigt, daß dieser das mit Ernouf in Würzburg geschlossene Abkommen vermittelt habe (*Haa-sis*, 185). Über einen „Baron von Gleichen“ – der freilich als „ein Weltmann“ bezeichnet wird – kann Folgendes mitgeteilt werden: Aus Regensburg meldete der österreichische Komitialgesandte Borié am 13. 9. 1790, er sei im Vertrauen aufmerksam gemacht worden, Baron v. Gleichen sei für das System der französischen Revolution ganz eingenommen, bei deren Ausbruch in Paris dabeigewesen, ein Freund Neckers, und führe jetzt noch Korrespondenz mit Paris auf dem Umweg über Regensburg, wo seine Briefe in andere Umschläge gesteckt würden. Ein geplanter Aufenthalt dieses Mannes in Wien könne staatsgefährlich sein (HHStAW StK Berichte aus Regensburg/Österr. Gesandtschaft 213). Unterm 3. 12. 1793 werden der böhmische und österreichische Gesandte in Regensburg informiert, man wisse von der Absicht des Barons v. Gleichen, in die Erblande zu reisen; da sei unerwünscht, da die besondere Denkungsart dieses Mannes, seine ausgebreiteten geheimen Verbindungen und seine Freimütigkeit, die Weltangelegenheiten laut zu beurteilen, bekannt seien (HHStAW StK Weisungen nach Regensburg/Böhm. Ges. 6). Wenige Tage später ergab sich, wie Hügel berichtet, Gelegenheit zu einem Gespräch über die herrschenden strengen Polizeikontrollen in Österreich, die v. Gleichen bestärkten, bis auf weiteres in Regensburg zu bleiben (HHStAW StK Berichte aus Regensburg/Österr. Ges. 221).

Zwanziger hatte in Jena die Rechte und Nationalökonomie studiert. Er war besonders in Finanzfragen, aber auch im Reichs- und Territorialstaatsrecht erfahren. Er besaß Umsicht, Phantasie und Überzeugungskraft und war bereit, sich zu engagieren. Er war (1773/74) Kanzleidirektor einer in zwei Linien geteilten evangelischen Reichsgrafschaft geworden und übernahm etwa zur gleichen Zeit in Nürnberg, wo er seit 1782 wohnte, die Stimmvertretung von insgesamt sieben Grafschaften und Teilgrafschaften.

Ihm war bewußt, daß die Existenz solcher Territorien vom Schutz des Reiches und dem Interessenverband des Reichskreises abhing. Es dürfte ihm aber kaum verborgen geblieben sein, daß das Haus Österreich diesen Schutz des Reiches nur unter dem Aspekt der eigenen erbländischen Interessen zu gewähren bereit war⁷⁸ und im übrigen der Mitwirkung sogenannter „gutgesinnter“ Reichsmitstände bedurfte. Zwanziger stammte aus einer kleinen Beamtenfamilie im buntgewürfelten fränkischen Territorienensemble. Er kannte, wie man heute sagt, die Not des kleinen Mannes und hatte schon als Student mit dem jungen Grafen zu Castell über Reformen in der Landesverwaltung korrespondiert. Auf seine Initiative und zum Teil aus eigenen Geldmitteln wurde 1774 die castellische Credit-Casse begründet, die den Untertanen eine seriöse Alternative zu den ruinösen „wucherischen Kontrakten“ bot, auf die sie sonst angewiesen gewesen wären. Etwa zur gleichen Zeit wurde er zum Vormund der beiden minorennen Grafen v. Castell-Rüdenhausen bestellt. Graf Friedrich Ludwig rühmte ihn nach seinem Tod (am 22. 12. 1800) als einen Mann, der „mit unverbrüchlicher Treue und Sorgfalt, mit Einsicht, Sach- und Menschenkenntnis“ gewirkt habe⁷⁹.

Das ist nicht das Bild eines „revolutionären Demokraten“. Aber es ist das Bild eines in politischer Hinsicht illusionslosen – die Stelle aus seinem Privatbrief habe ich zitiert – und in sozialer Hinsicht verantwortungsbewußten, aufgeklärten Mannes, dem in einer bestimmten, vielleicht entscheidenden Situation Wirkungsmöglichkeiten an die Hand gegeben waren. Aus vielen Arbeiten⁸⁰ ist die Physiognomie jener aufgeklär-

⁷⁸ Besonders anschaulich bei *Karl Otmar Frhr. v. Aretin*, Heiliges Römisches Reich 1776–1806, 2 Bde. (Wiesbaden 1967).

⁷⁹ *Riedenauer*, Zw., 128 f., z.T. nach *Zwanziger* (wie Anm. 2), zum Teil nach dem Adelsdiplom vom 5. 4. 1784 (Österr. Staatsarchiv, Allg. Verwaltungsarchiv, Reichsadelsakten).

⁸⁰ *Reinhold Aris*, History of Political Thought in Germany from 1789 to 1815 (London 1936, 2¹⁹⁶⁵), stellt vor allem die Verbindung zur Kant'schen Philosophie her und untersucht die wirtschaftlich-sozialen wie feudalistisch-bürokratischen Voraussetzungen von Reformbedürfnis und Revolutionsbereitschaft mit dem Ergebnis: Keine gesellschaftliche Schicht stand bereit, eine Revolution zu tragen (S. 39 ff.) und „Diese Anhänger der Revolution waren keine Männer der Tat, sondern tintenspritzende Theoretiker“ (S. 43). Neben Autoren wie *Jacques Droz*, *André Fugier*, *Fritz Valjavec*, *Hans-Ulrich Wehler* (zuletzt: Deutsche Gesellschaftsgeschichte I, (München 1987) bes. 354 ff.) und anderen sei auf den zusammenfassenden Vortrag von *Rudolf Vierhaus* in diesem Band, auf Beiträge in der Diskussion (bes. auch *Karl Otmar Frhr. v. Aretin*) und auf die Arbeiten von *Eberhard Weis* zum Aufgeklärten Absolutismus verwiesen (u.a. in *Karl Bosl* – *Eberhard Weis*, Die Gesellschaft in Deutschland, 1. Von der fränkischen Zeit bis 1848 (München 1976) bes. 235 f. mit Lit. 279 ff., und: Der aufgeklärte Absolutismus in den mittleren und kleinen deutschen Staaten, in: Zeitschrift für bayerische Landesgeschichte 42 (1979) 31–46). Speziell Bayern betreffend stellt Weis ganz analog fest, frankophil seien vor allem die jüngeren, reformfreudigen Beamten adliger und bürgerlicher Herkunft gewesen; 1796 wie schon vor dem Einmarsch der

ten Gebildeten – Professoren, Schriftsteller, auch höhere Beamte – bekannt, welche, aus bürgerlichem Elternhaus aus eigener Kraft aufgestiegen, angesehen, mit philosophischer und philanthropischer Literatur ebenso vertraut wie mit den Verfassungen Englands und der Vereinigten Staaten, den Widerspruch zwischen ihren Überzeugungen und den feudalen Absolutheitsansprüchen großer und vor allem auch kleiner Fürsten immer deutlicher empfanden und eine konstitutionelle Mitwirkung des Volkes bei politischen Entscheidungen für grundsätzlich richtig und in den Fragen von Krieg und Frieden für unentbehrlich hielten. Qualifiziert, ehrgeizig, intelligent, kritisch gegenüber überkommenen, aber nicht mehr überzeugenden Denk- und Handlungsweisen, in ihrem Gewissen aufgerufen, sich für Volkswohl und Menschenwürde einzusetzen, waren sie egalitär-liberalen Grundsätzen gegenüber offen und geneigt, in republikanischen Verfassungsformen das richtige Hilfsmittel zu sehen – teils auf das vertraute Gespräch unter Gesinnungsfreunden beschränkt, teils in Flug- und Denkschriften Öffentlichkeit und Wirkungsmöglichkeiten suchend, teils in Memoiren, Briefen und Gedichten ihrer Frustration Luft verschaffend.

Ich meine, daß dieses Bild in wesentlichen Punkten auf Zwanziger und Rhodius, aber auch auf Soden und Oberkamp zutrifft, daß in diesem Sinn die Charakteristik Erhards „Er ist ein aufgeklärter Mann, aktiv und ein guter Republikaner“⁸¹ gar nicht so falsch ist. Zu seiner und seiner politischen Freunde persönlicher Charakteristik gehört aber zweifellos auch, daß sie Möglichkeiten und Risiken genauer und gelassener beurteilten als andere und die beharrliche, verantwortungsbewußte Arbeit in dem ihnen zur Verfügung stehenden Rahmen impulsiven Aktionen vorzogen. Ob durch ihr Wirken der Fränkische Kreis auf diesem Weg zu einem Kristallisationskern eines „dritten Deutschland“ hätte werden können, ist eine akademische Frage. Der im ersten Punkt der Würzburger Konvention aufgestellte Grundsatz, der Kreis habe in erster Linie „um das besorgt zu sein, was die Sicherheit und die öffentliche Ruhe betrifft“, verbindet sich in dem hier skizzierten Persönlichkeitsbild des Kreisgesandten Zwanziger mit der Bereitschaft, zur Erfüllung dieser Aufgabe das Schwergewicht der Entscheidungsbefugnis in kritischer Lage den Fürsten aus der Hand zu nehmen und an die Stelle absolutistischer Weisungen das Wohl von Land und Volk zu setzen.

So gesehen, war die „Fränkische Republik“ von 1796 sicher kein Plan, aber vielleicht doch eine Vision – mehr als ein Traum, weniger als ein Projekt, unterworfen nicht nur der Erkenntnis, daß an solchen Republiken weder der französischen Generalität noch dem Direktorium gelegen war, sondern auch – davon möchte ich nicht abrücken – einer ehrlichen Verfassungstreue.

Wenn wir außerdem die Forschungsergebnisse von Eberhard Weis und seiner Schülerin Sieglinde Graf über die sogenannten bayerischen Jakobiner berücksichti-

Fortsetzung Fußnote von Seite 56

Franzosen habe es zwar hier und da eine begrenzte revolutionäre Propaganda, einige Flugschriften und geheime Zusammenkünfte gegeben, „aber sie waren isoliert geblieben“ (Eberhard Weis, Bayern und Frankreich in der Zeit des Konsulats, in: Historische Zeitschrift 237 (1983) 563 Anm. 5 und S. 566).

⁸¹ Haasis/Dill, 182.

gen⁸², so müssen wir wohl folgern: Affinität zu den Ideen, die in Frankreich verwirklicht schienen, ist etwas anderes als Jakobinertum, politische und soziale Prinzipien der Aufklärung sind etwas anderes als Revolution, Verfassung ist nicht das gleiche wie Republik, die Forderung nach Menschenwürde und Gerechtigkeit nicht identisch mit Demokratie. Kein Zweifel, daß dies alles ideelle Voraussetzungen und Impulse dafür waren, daß die geschichtliche Entwicklung in einen demokratischen und sozialen Grundsätzen verpflichteten föderativen Freistaat mündete – aber nicht in Franken im August 1796.

Résumé de la communication d'Erwin Riedenauer

Depuis les environs de 1785, on pouvait observer une tendance politique particulariste au sein de l'assemblée du cercle de Franconie siégeant à Nuremberg. La menace que firent peser sur le pays les armées françaises et la politique de neutralité que voulut, alors, suivre l'assemblée du cercle et notamment l'un de ses représentants Friedrich Zwanziger ont fait accuser celui-ci de vouloir ériger une «République franconienne». Or si les représentants de cette assemblée négocièrent avec les autorités françaises ce fut uniquement sur la question des lourdes contributions de guerre exigées par les généraux et non sur l'adoption des principes révolutionnaires.

Le 29 mai 1792, le représentant de l'empereur près de l'assemblée de cercle avait envoyé à Vienne un «rapport secret» qu'il attribuait à Zwanziger et dans lequel celui-ci se prononçait pour la neutralité du cercle de Franconie dans la guerre contre la France ce qui, sur ce point, traduisait l'intention de l'assemblée de cercle, se posant en interprète de la volonté de celui-ci, de ne pas être associé à une guerre qu'elle n'aurait pas votée. Dans le même temps, le mémoire accusait certains princes de profiter de la guerre pour «opprimer leurs sujets». Or s'il est certain que Zwanziger était partisan de la neutralité et vraisemblable qu'il ait estimé qu'il était souhaitable d'affaiblir le système féodal, rien ne prouve que ce rapport était authentique.

Le 7 août 1796, alors que le pays était occupé par les armées françaises, les représentants du cercle rédigèrent, à propos de la contribution de guerre imposée au cercle, un «Arrangement provisoire» en quatorze points, à propos duquel on a pu se demander s'il ne préparait pas l'introduction d'une constitution républicaine. Cet «Arrangement provisoire» réclamait la sécurité pour les personnes et les propriétés, le respect des usages religieux, des lois et coutumes du pays, la participation équitable de tous les classes au paiement de la contribution de guerre, la souveraineté de l'assemblée de cercle pour la répartition et le recouvrement de celle-ci. Il n'y avait donc rien qui pût laisser croire que l'on voulait «républicaniser» la Franconie.

⁸² Zum Vergleich sei hingewiesen auf *Sieglinde Graf*, Bayerische Jakobiner? Kritische Untersuchung sog. „jakobinischer Flugschriften“ aus Bayern Ende des 18. Jahrhunderts, in: *Zeitschrift für bayerische Landesgeschichte* 41 (1978) 117–171, bes. 122 und 126 f., wo ebenfalls der Republik-Gedanke eng mit den aufgeklärten Reformbestrebungen verknüpft und insofern als mit dem modernen Verständnis von „Revolution“ nicht gleichbedeutend erscheint. Hier wird auch (S. 127) R[eibeld] als Adressat von Briefen des Agenten „Frey“ erwähnt.

Cette accusation trouva de nouveaux arguments dans une note, rédigée par un conseiller du Directeur Reubell, à la suite d'une demande d'audience formulée par Zwanziger qui avait fait le voyage de Paris dans l'espoir d'obtenir des accommodements dans l'affaire de la contribution de guerre. On pouvait lire: «L'envoie qui traite une question particulière avec le min. de la guerre semble vouloir profiter pour proposer un plan de république de franconie dont il soumet les principes.» Le Directoire se contenta d'accepter l'arrangement du 7 août 1796 sur la contribution.

Rien ne permet d'étayer la thèse selon laquelle Zwanziger aurait été un «démocrate révolutionnaire»; ce fut un homme des Lumières connaissant bien les constitutions anglaise et américaine et convaincu que les souverains ne pouvaient agir en matière d'impôts et de déclaration de guerre sans le consentement de leurs peuples et soucieux de faire disparaître les abus de l'absolutisme et de la féodalité. Cela dit, il n'y eut jamais de plan en faveur de la création d'une république en Franconie, d'abord parce que ni les généraux français ni le Directoire n'en voulaient, ensuite parce que les affinités d'un Zwanziger avec certaines idées qui avaient été réalisées en France étaient tout autre chose que du jacobinisme, parce que les conceptions politiques et sociales de l'«Aufklärung» étaient autre chose que la révolution, parce que «constitution» ne signifie pas obligatoirement «république», parce que l'exigence de justice et de dignité pour l'homme ne s'identifie pas nécessairement avec la démocratie.

Diskussion zum Referat von Erwin Riedenauer

Leiter: Eberhard Weis

Die Thesen von *E. Riedenauer* zu den im fränkischen Reichskreis vermuteten Republikanisierungstendenzen wurden sowohl aus der Sicht der deutschen Beteiligten als auch aus dem Blickwinkel der französischen Funktionsträger diskutiert. Im Vordergrund stand dabei, inwieweit ein tatsächlicher Republikanisierungsplan hinter diesen Vorstellungen stand.

W. Zorn vermutete hinter dem Plan einer süddeutschen Republik lediglich eine *captatio benevolentiae* gegenüber den französischen Generalen. Wie in Aachen und Köln habe man vermutlich nur zeigen wollen, die Reformen seien soweit gediehen, daß ein Eingreifen der Franzosen nicht mehr nötig sei. Bei dem Begriff „Republik“ habe man es mit einem sehr „schillernden“ zu tun, unter dem man auch die polnische „Adelsrepublik“ verstanden hätte, die ja in Wirklichkeit eine Monarchie gewesen sei mit einem vom Adel gewählten Monarchen. *W. Zorn* schloß seine Überlegungen mit der Frage, ob nicht vielleicht die Formulierer des Plans einer süddeutschen Republik sich dieser Vieldeutigkeit des Begriffs bewußt gewesen seien. Den Überlegungen seines Vorredners folgte auch *V. Press*. Er vermutete, man habe den Franzosen eine ihnen bekannte Begriffswelt vorführen wollen. Das Interesse Hardenbergs sei vermutlich gewesen, diese bewußt ambivalente Position (die Press am Beispiel der Reichsritterschaft verdeutlichte) vor den Reichsgerichten diskreditieren, d.h. die Pläne als „franzosenfreundlich“ verurteilen zu lassen. Der diplomatische Konstellationswechsel durch das Zusammengehen von Österreich und Frankreich 1756 habe das Kräftefeld

in Süddeutschland kollabieren lassen; dies habe sich nun geändert und Preußen einen größeren Spielraum gegeben. Für Press ergab sich aus diesen Überlegungen die Frage, ob es sich hier nicht a) um einen Versuch der fränkischen Städte gehandelt habe, sich ohne umstürzlerische Gedanken den Franzosen verständlich zu machen, und b) um einen Versuch Hardenbergs, die Autoren des Plans in Wien zu diskreditieren.

E. Riedenauer bestätigte ebenfalls in seiner Antwort die Anpassung der Begrifflichkeit an die französischen Verhältnisse (z. B. Assemblée für die fränkische Kreisverfassung). Zu den fränkischen Reichsstädten führte der Referent aus, daß sie seiner Kenntnis nach keinen direkten Kontakt zur französischen Generalität oder Regierung gehabt hätten, daß aber der auch im Vortrag genannte Johann Benjamin Erhard einen Bericht an die französische Generalität verfaßt und darin u. a. berichtet habe, die fränkischen Reichsstädte seien kleine Republiken, was den Preußen sehr hinderlich sei.

Daß seit der Kriegserklärung des Reiches an Frankreich (1793) Neutralitätsverhandlungen keineswegs ungewöhnlich waren, darauf wies im weiteren *E. Weis* hin. Er nannte als Beispiele die Kurpfalz Karl Theodors zu Beginn des Krieges und Bayern, als sich die französischen Truppen näherten (Konvention von Pfaffenhofen, 7. September 1796). Im Hinblick auf den fränkischen Kreis wies Weis darauf hin, daß ja bereits durch den Frieden von Basel (1795) ein erheblicher Teil davon – nämlich Ansbach-Bayreuth – neutral gewesen sei.

Auf die Frage von *M. Botzenhart*, durch wen sich die Mitglieder des fränkischen Kreises mehr bedroht gesehen hätten, durch Frankreich oder durch die Mediatisierungs- und Säkularisierungspläne Preußens, ging der Referent näher ein. So habe auf der einen Seite eine erhebliche Bedrohung durch die Kontributionsforderungen der Franzosen bestanden, die das Land innerhalb kurzer Zeit ruiniert hätten. Es sei ein Erfolg Zwanzigers gewesen, in der Konvention von Würzburg die Belastungen für den Kreis erheblich reduziert zu haben. Andererseits sei aber die Gefährdung der Verfassung und des politisch-territorialen Besitzstandes durch die Revindikationen Preußens weit stärker empfunden worden als die nicht unmittelbare durch Frankreich.

G. de Bertier de Sauvigny betonte das große Interesse der französischen Historiker an dem Vortrag Riedenauers. Die französische Geschichtsschreibung habe sich nämlich stark mit den „Schwesterrepubliken“, die während des Direktoriums geschaffen worden seien, beschäftigt (cisalpine, helvetische, batavische und parthenopeische Republik), jedoch gänzlich diejenigen Republiken ignoriert, die sich selbst haben bilden wollen (Schwaben, Franken, in den Gebieten des Oberrheins). Diese Bestrebungen erklärten auch die Sorge der europäischen Monarchien Rußland, Österreich und vielleicht auch Preußen vor dem, was wie eine Ausbreitung des französischen Einflusses in Europa erschienen sei. Auf diese These eingehend, betonte *E. Weis* zwei Ursachen für die Weigerung des Direktoriums, die Jakobiner in Süddeutschland zu unterstützen. So habe Frankreich Österreich nicht noch mehr herausfordern wollen, und ebenso wäre es nicht in seinem Interesse gelegen, weder 1796 noch 1799 (wie gleichfalls 1801 unter dem Konsulat), daß sich eine deutsche Republik gebildet hätte, die die Schweiz möglicherweise vereinnahmt haben würde und als Konkurrenz zur französischen Republik betrachtet worden wäre. Das Direktorium – so Weis – habe für eine solche Republik auch keine Stütze im Volk gesehen. Außerdem hätte sie die Sta-

bilität zerbrochen, deren Frankreich für Interventionen zur Sicherung seiner Stellung bedurfte.

Hierzu wies *R. Dufraisse* auf die Edition von Dokumenten durch E. Weis hin, die die Verhandlungen bayerischer Jakobiner mit Moreau 1801 belegen. Der General habe ihnen jedoch erklärt, sein Befehl gehe dahin, den Krieg gegen Österreich zu führen und nicht Deutschland zu revolutionieren. Dem habe er hinzugefügt: „Mon Dieu, vous ne savez ce que vous voulez! Une république coûte beaucoup de sang, nous en avons une.“

An die ganz ähnliche Politik des Direktoriums in Italien erinnerte *J. Tulard*. Dieses habe auch nicht die Verfassungsbestrebungen der italienischen Jakobiner für eine vereinigte Republik unterstützt. Mehr und mehr französische Jakobiner hätten nach außen eine Politik der natürlichen Grenzen vertreten, wie sie 1792 durch J. P. Brissot (1754–1793) formuliert worden sei (Einwurf von *J. Voss*: Und auch durch Anacharsis Cloots (1755–1794)!). Die Bourgeoisie in Frankreich habe sich von Napoleon abgewandt, als dieser das Dogma der natürlichen Grenzen aufzugeben und diese zu überschreiten begonnen habe (z. B. in Spanien 1808).

Zwei weitere Gesichtspunkte, die die französische Reserviertheit gegenüber Republikanisierungstendenzen erklären, ergänzte abschließend *E. Riedenauer*. So hätte man mit einer Schwesterrepublik wesentlich „freundlicher“ als mit einem besetzten Lande umgehen müssen, und außerdem habe man langfristig der Großmächte für Verhandlungen bedurft, wobei eine völlig neue staatliche Konstruktion ein Hindernis dargestellt hätte.